

seinem eigenen Worte die Möglichkeit eines Krieges als Folge eines wirtschaftlichen Krieges vorgeschwebt, um wie viel größer wäre erst diese Gefahr, wenn die zu erneuernden Verträge scheitern und zu einer ganzen Reihe von Zollkriegen führen würden! Und da wagen es wirklich die reaktionären Parteien, diese Gefahren heraufzubewören?

Diejenigen sind heute die eigentlich Conservativen, die festhalten wollen, was wir an Verträgen haben; diejenigen die wahren Vaterlandsfreunde, die das Vaterland vor den Gefahren bewahren wollen, welche eine Zerstörung der bisherigen Vertragspolitik mit sich bringt im Innern und nach außen; diejenigen die wahrhaft Königstreuen, die nicht wollen, daß des Königs ernste Worte von 1894 und 1891 von Grund aus desavouirt werden in der Geschichte, vor der Mit- und Nachwelt.

Die Wähler aber, wenn sie dies beherigen, wie sie es gewissenhafterweise müssen, werden sich der Schwere ihrer Verantwortung bewußt sein, wenn sie heute zur Urne gehen. Und unsere Danziger Wähler insbesondere, die ihr Vaterland lieben und ihrer Vaterstadt den Segen der Handelsverträge erhalten wissen wollen, werden dann wissen, für wen sie zu stimmen haben:

Niemals für einen Conservativen!

Nur für Rickert!

Politische Tageschau.

Danzig, 15. Juni.

Der Sturz des französischen Cabinets.

Der zweite Tag der großen Redeschlacht in der französischen Deputiertenkammer hat bereits zur Entscheidung geführt. Sie ist gegen Mélina ausfallen. Lange und mit zäher Energie hat Mélina sich verteidigt. Aber die Majorität entschied zu seinen Ungunsten und heute legt er die Jügel der Regierung aus den Händen, die er seit dem 29. April 1896, weit länger als die allergrößte Mehrzahl seiner Vorgänger, geführt hat.

Paris, 14. Juni. In der Kammer wurde heute die Debatte über die Interpellation betreffend die Politik des Cabinets fortgesetzt. Der Ministerpräsident Mélina erwiederte auf die gestrige Rede Bourgeois, er vertheidige sich dagegen, eine antidemokratische Politik getrieben zu haben. Die Regierung sei stets zur Versöhnlichkeit geneigt. Wenn aber der Socialismus ans Ruder käme, würde er den Ruin der Republik und Frankreichs herbeiführen. Mélina versicherte nochmals, daß das Programm des Cabinets stets ein demokratisches gemesen sei. (Unterbrechung.) Er wünsche, daß sich die Republikaner vereinigen. Das Programm Bourgeois jedoch, welches, wenn es verwirklicht werde, dieselben Ergebnisse wie das Programm der Socialisten im Gefolge haben würde, könne er nicht annehmen. (Beifall.)

Bourgeois versicherte, daß er die collectivistischen Theorien nicht billige. Sein Steuersystem unterscheidet sich wenig von dem der Regierung. Er wolle den kleinen Steuerzahlern Erleichterung schaffen. Redner fügte hinzu, sein Programm sei dasjenige Gambettes, und tadelte Mélina, daß er sich nicht von der Rechten trennen wolle. (Beifall auf der äußersten Linken.) Ribot hielt eine Lobrede auf Mélina und warf den Radikalen vor, eine fruchtbringende Vereinigung verhindert zu haben. Der Monarchist Cassagnac warf dagegen Mélina vor, die Rechte verleugnet zu haben. Mélina erwiederte, er habe niemals die Aushilfe der Rechten nachgefragt. Brisson fragte Mélina, ob er mit der Rechten breche, und forderte die Kammer auf, Mélines bisherige Politik nicht fortzuführen. Mélina erklärte nochmals, er erwarte mit Vertrauen die Entscheidung der Kammer, und appellirte an die Mithilfe der Republikaner. Aber — er hatte die Linken nicht gewonnen und von der Rechten, wie Cassagnacs Rede bewies, verschieden abgestoßen. Damit war er verloren. Verschiedene Tagesordnungen wurden eingebraucht. Mélina nahm diejenigen Ribots an, die folgendifferenten gesagt ist:

Die Kammer billigte die Erklärungen der Regierung und ist entschlossen, eine politisch demokratische Reformen durchzuführen, die gegründet ist auf die Vereinigung der Republikaner.

Proteststrafe erhoben sich auf der Rechten bei der Verlesung dieses Wortlautes und eine lebhafte Bewegung ging durch das ganze Haus. Über das Ergebnis meldet der Telegraph:

Paris, 15. Juni. (Tel.) Henry Ricard beantragte, der Tagesordnung Ribot folgendes hinzuzufügen: „und die sich stützt auf die ausschließlich republikanische Majorität“. Mélina bekämpfte den Zusatz, welcher aber trotzdem mit 295 gegen 246 Stimmen angenommen wurde.

Nach Annahme des Antrages Ricard brachte der Deputierte Dulau einen dahingehenden Antrag ein, der Tagesordnung Ribot außer dem Zusatz: „und die sich stützt auf die ausschließlich republikanische Majorität“ noch die Worte hinzufügen, „außerdem auch auf die sozialistische Partei“. Mélina bekämpfte diesen Antrag, welcher von der Kammer mit 492 gegen 86 Stimmen verworfen wurde.

Paris, 15. Juni. (Tel.) Mélina begab sich von der Kammer aus direkt in seine Privatwohnung, ohne mit irgendemand gesprochen zu haben. In den Wandgängen der Kammer geht die Meinung dahin, es würde kaum angehen, daß das Cabinet im Amt bleibe angesichts einer so zweideutigen Lage, wie sie durch die sich widersprechenden Abschätzungen geschaffen sei. Die Minister werden heute Nachmittag zusammengetreten und jedenfalls nach dem Ministerrat ihre Entlassung nehmen.

Über die Persönlichkeit, die eventl. die Neubildung des Cabinets übernehmen werde, gehen die Meinungen sehr auseinander. Ribot wird am meisten genannt.

Deutschlands Aufschwung.

Das soeben erschienene Vierteljahrshesht zur Statistik des deutschen Reiches enthält zwei Aufsätze, welche gerade jetzt von besonderem Interesse sind, denn sie zeigen die Notwendigkeit einer Flottenstärkung und sie zeigen ferner, in welchem Maße der Anteil des deutschen Reiches am Weltverkehr steigt und wie dringend notwendig eine Politik ist, die nicht versäumt, auf dem Gebiet des auswärtigen Handels das bisher mit vielem Aufwand von Kapital und In-

telligenz errungene zu erhalten und weiter zu entwickeln.

Die erste Abhandlung beschäftigt sich mit dem Seeverkehr in deutschen Häfenplätzen im Jahre 1896. Um diesen festzustellen, wurden alle Schiffe aufgeschrieben, die zu Handelszwecken einschließlich der Passagierbeförderung und der großen Seefischerei ein- und ausgelaufen sind. Die Gesamtzahl dieser Schiffe betrug in diesem Jahre 147 536 mit einem Raumgehalt von 81 046 888 Registertons netto; das war gegen das Vorjahr eine Zunahme von 13 706 Schiffen und nahezu 600 000 Registertons. Geht man noch zwanzig Jahre weiter zurück, bis zum Jahre 1875, dann ergibt sich, daß seit jener Zeit fast die Zahl der ein- und ausgelaufenen Schiffe nahezu verdoppelt, der Raumgehalt der Schiffe fast verdreifacht hat. Damals verkehrten in den deutschen Häfen nur rund 87 000 Schiffe mit einem Raumgehalt von 12,8 Millionen Registertons. Entscheidend sind für den Seehandel natürlich mehr als diese Bruttozahl die Zahlen der Schiffe, welche beladen waren. In dieser Hinsicht ergibt eine Gegenüberstellung dieser zwanzig Jahre

1875 63 843 Schiffe mit 6912 371 Reg.-Tons Raumgehalt
1896 116 781 " 24930 688 "

Das ist ein noch größerer Zuwachs als bei den Bruttozahlen. Die Zahl der beladenen Schiffe hat danach um rund 83 Prozent, ihr Raumgehalt um 152 Prozent zugenommen.

Die nothwendige Ergänzung dieser Aufstellung, welche deutsche und ausländische Schiffe zusammen aufzuführen, bringt die zweite Statistik über die Seereisen, welche die deutschen Schiffe im Jahre 1896 zurückgelegt haben. Zum Vergleich stehen wir wieder die Zahlen für 1875 daneben. Dann ergibt sich, daß die Gesamtzahl der Seereisen deutscher Schiffe betrug:

1875 45 302 Schiffe mit 8604 610 Reg.-Tons
1896 82 288 " 36179 454 "

Und davon waren beladen:

1875 33 233 Schiffe mit 6940 155 Reg.-Tons
1896 67 605 " 32810 956 "

Das ist ein Aufschwung, der ganz außerordentlich ist, mit geringen Schwankungen constant war, und von 1895 bis 1896 eine besonders lebhafte Steigerung um fast 10 Prozent erfuhr, weil die Reisen zwischen Deutschland und dem Ausland, die Ausfuhr deutscher Industrieerzeugnisse und hierdurch und durch den gesteigerten heimischen Bedarf auch die Einfuhr an Rohstoffen und Nahrungsmittelein stark vermehrten. Insbesondere hat sich dabei eine beträchtliche Zunahme der Fahrten nach Dänemark, Russland, nach Brasilien, Ostasien und der Westküste von Südamerika ergeben, während bemerkenswerthe Weise der Verkehr nach Großbritannien, sowohl was die Zahl der Schiffe wie ihren Raumgehalt anlangt, einen bedeutenden Rückgang erfahren hat. Darin tritt zu Tage, wie sehr der deutsche Seehandel bereits sich, namentlich im Verkehr mit den südamerikanischen Staaten, von der Vermittelung Großbritanniens emancipiert hat. Immerhin bleibt zu beachten, was insbesondere für die künftige Regelung der Handelsbeziehungen zu England und den Vereinigten Staaten von Bedeutung ist, daß der Seeverkehr mit diesen Staaten, wenigstens was die Tonnenzahl anlangt, der weltaus größt ist, und daß entsprechend der Bedeutung der britischen Handelsflotte nur etwa ein Viertel des Verkehrs zwischen Deutschland und England von der deutschen Handelsflotte bewältigt wird.

Nochmals Hohenlohes Brief an Carolath.

Berlin, 14. Juni. Zu dem Brief des Reichskanzlers an den Prinzen Carolath im Wahlkreise Guben wird der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben, daß namhafte conservative Parteiführer wiederholt bei zufälligen gesellschaftlichen Begegnungen dem Fürsten Hohenlohe angesprochen haben, er solle den Brief widerufen, er solle erklären, er habe von der extrem-conservativen Gegencandidatur des Herrn v. Seydebrand nichts gewußt und er habe auch nicht gewußt, daß der Prinz Carolath den Sammlungsaufschluß nicht unterschrieben hätte. Der Reichskanzler hat diese Herren ganz sein abfallen lassen, und als sie hervorhoben, daß der Prinz den Sammlungsaufschluß nicht unterschrieben habe, soll er lächelnd gefragt haben: „Den habe ich ja auch nicht unterschrieben.“

Zu den antisemitischen Ausschreitungen in Galizien

geht der Wiener „N. Fr. Pr.“ aus Lemberg folgender Bericht zu:

Die Ausschreitungen haben sich von Jaslo auf die Bezirke Gorlice und Pilzno ausgedehnt; in zahlreichen Ortschaften dieser Bezirke wurden die Wirthshäuser und Dorfgeschäfte überfallen und geplündert. Die Plünderung beginnt sich bereits gegen die reichen Gütsbesitzer zu richten. Die Gendarmerie wurde in den genannten Bezirken verstärkt. Von Krakau und Tarnow wurden starke Militärbataillonen nach Jaslo und Gorlice abgesetzt. Zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Chilenisch-argentinisches Schiedsgericht.

Valparaíso, 15. Juni. In einer Privatvereinigung des chilenischen Cabinets wurde der Vorschlag gemacht, die Republik Argentinien zu ersuchen, auf folgende Anregung einzugehen: Chilenische und argentinische Schiedsrichter, begleitet von Commissaren und Untercommissaren, sollen sich nach London begeben und dort sofort alle Punkte des Streites zwischen beiden Ländern einem Schiedsspruch unterbreiten. Man hofft, Argentinien werde dieses Anerbieten zur Regelung der Frage und zur Verhinderung des Krieges annehmen.

Zum spanisch-amerikanischen Kriege.

In San Francisco hat sich gestern der zweite Theil der Expedition nach den Philippinen eingefüllt und auch das für Cuba bestimmte Landungscorps ist nun endlich abgegangen, wie nachstehende Depesche berichtet:

Washington, 15. Juni. (Tel.) Depeschen, welche gestern Mittag eingegangen sind, melden, daß die Abfahrt der Transportschiffe vorgestern begann, die Bewegung aber so langsam vor sich gegangen sei, daß viele Schiffe sich erst gestern Morgen in Bewegung setzten. Man glaubt, daß jetzt alle abgegangen sind.

Es ist in der That die höchste Zeit, daß die Expedition in Cuba eintrifft, sonst könnte es sich leicht ereignen, daß die bei Guantanamo gelandeten amerikanischen Detachements von den

Spaniern erdrückt werden. Wie wenig rosig die Dinge hier stehen, zeigt folgende Depesche:

Newyork, 15. Juni. (Tel.) Eine Depesche der „Associated Press“ von gestern aus dem amerikanischen Lager am Außenhafen von Guantnamo besagt, daß die Amerikaner bis dahin erfolgreich bei dem Kampfe gewesen seien. Die Lage sei aber ernst, da die Truppen durch den beständigen Kampf gegen die fast keinen Augenblick auskehrenden Angriffe der Spanier erschöpft seien und schon aufgerieben sein würden, wenn ihnen nicht die Kanonen der amerikanischen Schiffe Schutz gewährt hätten. Die Spanier haben das amerikanische Lager auf allen Seiten eingeschlossen. Einzelne rückten während der Nacht, durch das Gebüsch gedeckt, bis auf 30 Yards an das Lager heran. Die Mitwirkung der Aufständischen in dem Kampfe vom Sonntag Abend war kein Erfolg, da sie ganze Salven auf die Amerikaner abgaben, welche nur mit Mühe den Geschossen entgehen konnten.

Admiral Sampson hat an das Marine-Department telegraphisch gemeldet, Lieutenant Blue habe eine Aufklärungsfahrt von 70 englischen Meilen gegen den Hafen von Santiago de Cuba unternommen; die gesamte spanische Flotte befindet sich im Hafen von Santiago. Sampson fügt hinzu, die bei Guantanamo gefallenen Amerikaner seien auf barbarische Weise verstimmt worden.

Über die in der spanischen Regierung herrschende Auffassung der Lage wird aus Madrid, unter dem gestrigen Datum gemeldet: Der spanische Minister des Auswärtigen hat einem Interviewer gegenüber abermals die Erklärung abgegeben, es sei kein Schritt zu Friedensunterhandlungen gethan worden; die Regierung habe noch keine Bestätigung von einem Angriff auf Santiago erhalten. Der Kampf bei Guantanamo sei nur ein „bedeutungsloser Zusammenstoß mit den Rebellen.“ Der Kriegsminister habe erklärt, die Lage auf Manila sei nicht so schlimm, wie man glaube, denn General Augustin habe 20 000 Mann konzentriert und besitzt 200 wehrtragende Kanonen.

Deutsches Reich.

Berlin, 15. Juni. Der Kaiser hat heute an seinem zehnjährigen Regierungsjubiläum eine große Anzahl von Beförderungen in der Armee vollzogen und ferner besondere Auszeichnungen für Fahnen- und Standartenträger verfügt.

Der commandirende Admiral v. Knorr hat den Schwarzen Adlerorden, der frühere Staatssekretär Admiral Hollmann das Großkreuz des Roten Adlerordens mit Eichenlaub erhalten.

Berlin, 14. Juni. [Zur Palästinareise des Kaisers.] Das Curatorium der evangelischen Jerusalem-Giftung besitzt vor den Thoren Jerusalems ein Terrain. Hier dürfte das kaiserliche Zeltlager aufgeschlagen werden, das, wie wir berichten, einer Besichtigung durch die Aerzte bereits unterzogen worden ist. Nach den bisher in Aussicht genommenen Bestimmungen wird das Kaiserpaar am 26. Oktober in Haifa landen und am 29. in Jerusalem einziehen. Der folgende Tag soll der Stadt Bethlehem gewidmet sein. In der dortigen evangelischen Kirche, die zur Zeit eingeweiht wurde, als man den Grundstein zu dem Jerusalemer Gotteshaus legte, soll eine Andacht abgehalten werden, und am Abend werden die Herrschaften einem Gottesdienst auf dem Ölberg beiwohnen. Für den 31. Oktober ist nach der Einweihung der Kirche noch ein Ausflug zum Jordan und an das Tote Meer und für den nächsten Tag ein Besuch Jerichos geplant. Auch das Kloster Mar Saba, das Kaiser Friedrich auf seiner Orientreise besucht hatte, dürfte der Kaiser besichtigen.

Berlin, 15. Juni. Wie die „Nat. Ztg.“ schreibt, wird nächsten Montag das Syndicat der deutsch-österreichischen Thomasmühlfabriken in Berlin seinen Verbandstag abhalten. Dabei wird auch die Angelegenheit des Bundes der Landwirthe zur Sprache kommen.

Die Verhandlung vor dem Oberverwaltungsgericht wegen Schließung der Feenpalast-Vermüllungen ist auf den 2. Juli festgesetzt. Bekanntlich hatte der Bezirksschulrat die Schließung der Versammlungen durch das Polizeipräsidium für rechtmäßig erklärt und das Polizeipräsidium hiergegen das Oberverwaltungsgericht angerufen.

Zur königl. Gewehrfabrik in Spandau werden gegenwärtig von jedem Regiment bzw. Bataillon der Armee Büchsenmacher commandirt, welche einen Cursus in der Ausbildung von Fahrrädern absolviren sollen.

Der Reichstagskandidat des Bundes der Landwirthe Düssing hat sich, wie ein Telegramm aus Südwales ist die Lage betrifft des Bergarbeiteraufstandes äußerst bedrohlich. Die Ortsbehörden der kleinen Gemeinden bitten um die Absendung von Truppen.

Major v. Wöhmann befindet sich seit längerer Zeit auf Reisen. Er ist zunächst über Paris, bis wo ihm seine Gattin begleitet, nach Lissabon gereist. Nach längerem Aufenthalt dagegen hat er sich nach Madeira eingeschiff, um dort mit dem aus Deutschland nach Afrika zurückkehrenden Landeshauptmann Major Leutwein zusammenzutreffen. Dieser wird in den nächsten Tagen mit einem Wörmannsdampfer in Madeira eintreffen und mit dem Gouverneur v. Wöhmann seine Rückreise nach Südwestafrika fortsetzen. Bei dieser Reise handelt es sich jedoch nicht um eine Erholungstour für Herrn v. Wöhmann, er hat diese Reise vielmehr unternommen, um das ihm bisher noch unbekannt gebliebene deutsche Gebiet in Südwestafrika aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Er wird voraussichtlich im August aus Afrika zurückkehren und sich zunächst nach London begeben, um dort einer größeren Versammlung beiwohnen. Von London aus reist Herr v. Wöhmann dann wieder zu längerem Aufenthalt nach Lauterberg a. S. Seine Gattin wird gegenwärtig im elterlichen Hause zu Köln.

[Zur Reichstagswahl.] Von den seitens des freisinnigen Wahlvereins den Wählern zugetesteten Wahlstimmen nebst Stimmzetteln ist eine große Anzahl unbestellbar geblieben, weil viele Wähler, die inzwischen die Wohnung gewechselt haben, nicht aufzufinden waren. Wir bemerken daher für diejenigen, welche diese Briefe nicht erhalten haben, daß sie wohl sämmtlich in dem Bezirk zu wählen haben, wo sie vor dem 1. April d. J. gewohnt haben. Tableaux der Wahllokale befinden sich im Wahlbüro der Liberalen, Langenmarkt 15, und Stimmzettel für Herrn Richer werden auch vor allen Wahllokalen angeboten werden. Es braucht also niemand der Wahl fern zu bleiben, weil er etwa noch keinen Stimmzettel erhalten hat.

[Kreisblatt und Bund der Landwirthe] Der bekannte Wahlaufruf des Bundes der Landwirthe mit den groß und seit gedruckten Aufschreitzen über die „Freiheit des Hungers“, die „Ewigsherrschaft des borsischen Großkapitals“ den kläglichen „Weberufen“ an den deutschen Mittelstand, den deutschen Bauernstand, das deutsche Volk wird heute auch durch das amtliche Kreisblatt des Kreises Danziger Niederung verbreitet. Es ist schade, daß man nicht versucht zu haben scheint, ob auch für einen liberalen Wahlaufruf das amtliche Kreisblatt gleiche Bereitswilligkeit gezeigt hätte.

[Schachcongres] An dem in den Tagen vom 8. bis 9. Juli hier tagenden 5. Congres des ostdeutschen Schachbundes werden für ...

Dieses Blatt ist auch an die Redaktion der „National-Ztg.“ gelangt. Die kurze, volksthümlich gehaltene Darlegung beginnt also:

„Die schmachvolle Hege, die Freiheit und Sozialdemokratie in der Thomasmühlfrage gegen den Bund der Landwirthe getrieben haben, hat nun endlich die gebührende, die vernichtende Antwort gefunden. Der Bund der Landwirthe ist herausgetreten aus der vornehmen Zurückhaltung“ u. s. w.

Bekanntlich sind die Enthüllungen durch den nationalliberalen „Hann. Cour.“ an die Deffensivität gebracht worden, und röhren, wie die „Correspondenz“ des Bundes gestern behauptete, von der Rheinisch-westfälischen Thomasmühlfabrik her.

[Der Handelsminister Dr. Bredfeld] erschien am Sonnabend mit mehreren Räthen in der Berliner Abteilung der deutschen Waffenfabriken zu Marienfelde. In Anwesenheit des seit Monaten in Konstantinopel weilenden Directors Riese übernahmen einige Herren vom Aussichtsrath die Führung. Nach der Besichtigung wurden auch Schießversuche mit den Magazingeschützen gemacht, deren Patent die Werke besitzen. In der Fabrik wird jetzt Tag und Nacht mit Anspannung aller Kräfte gearbeitet. Es handelt sich, wie wir vernehmen, um eine bedeutende Gewehlfabrikation für das Ausland. 1800 Arbeiter sind hierzu bereits eingestellt und ihre Zahl wird sich demnächst noch vermehren.

[Die Macht des Herrn Landrats] wurde, wie die „Bieg. Ztg.“ schreibt, am Freitag einem Bieger Radfahrer in einem Dorfe des Namslauer Kreises vor Augen geführt. Die Bieger Radfahrer haben sich vereinigt, um am Wahltag das Resultat alsbald hier abzuliefern. Als der betreffende Radfahrer einen Gastwirth im dortigen Kreise fragte, ob er bereit sei, das Wahlergebnis in das Formular einzutragen und dem abholenden Radler zu übergeben, erklärte sich der Gastwirth unter der Bedingung, damit einverstanden, daß ihm eine Erlaubnis des Herrn Landrats zu diesem „Verbrechen“ beigebracht werde! Es geht doch nichts über ein Bischen Abhängigkeit.

Schachspieler aus Christburg, Röslin, Königsberg, Schildberg (Prov. Posen) und Stargard beteiligen. Am Hauptturnier werden voraussichtlich acht Partien Theil nehmen. Auch der berühmte Schachspieler Herr Wallbrodt aus Berlin hat sein Herkommen in Aussicht gestellt, falls sich für ihn eine Simultan-Partie bietet.

* [Generalkirchenvisitation.] Ueber die Fortsetzung der Visitation in den Kirchspielen Robbedgrube (Steegen), Pröbberau und Neukrug geht uns folgender Bericht zu:

Von Liegenort kommend, traf die General-Kirchenvisitationsscommission am 4. d. Mts. Abends 8 Uhr, in Tücherbabke ein und wurde dort von der Schuljugend unter Führung ihrer Lehrer Hoffmann und Weinert mit dem Gesange „Lobe den Herren“ festlich empfangen. Der Kirchenälteste Herr Götz begrüßte die Herren mit innigen Worten, für welche Herr General-Superintendent D. Döblin, dem die Tochter des Herrn Götz einen Blumenstrauß überreichte, in herzlichster Weise dankte. Nach festlicher Gestaltung sich der Empfang in Steegen, woselbst die Commission um 8½ Uhr eintraf. Vor dem Kirchenplatz hatten die Schulen Aufstellung genommen, zugleich mit dem Amtsvorsteher, Gemeindevorsteher, den beiden Geistlichen und den Lehrern. Glockenglättne und das Lied „Allein Gott in der Höh sei Ehr“ tönte den Ankommenden entgegen. Unter hohen Ehrenposten, die mit Fahnen und Wimpeln geschmückt waren, begrüßte Pfarrer Michalik die hohe Commission und betonte, daß die große Gemeinde sich herlich auf diesen Augenblick gefreut habe und reichen Segen von den Tagen der Visitation erwarte. Der Herr General-Superintendent dankte für den würdigen Empfang und ließ sich die einzelnen Herren vorstellen, worauf sich die Herren in ihr Logis begaben.

Am Sonntag, den 5. Juni, bei herrlichstem Wetter, zogen schon sehr früh Schaaren von Andächtigen zu dem Gotteshause. Unter Führung der beiden Geistlichen hielt dann um 9 Uhr die Commission den Einzug in das schöne, reich geschnitzte Gotteshaus. Die Liturgie, an deren Schluß der Gesangverein den 100. Psalm vorlief, sowie die Predigt über Röm. 11. D. 33–36 hielt Pfarrer Michalik, worauf Herr Domprediger Grunau eine Ansprache über Mat. 1. D. 2. „Ich habe euch lieb, spricht der Herr“, und Herr Superintendent Daniels eine Unterredung mit den zahlreichen erschienenen Confirmirten über 1. Joh. 2. D. 28. „Und nun, Aindlein, bleibt bei ihm.“ Darauf hielt Herr General-Superintendent D. Döblin die Besprechung mit den Hausvätern und Hausmüttern auf Grund des Textes 1. Cor. 13. D. 8. „Die Liebe hört nimmer auf.“ Mit heiligem Ernst, in herzlicher, weitwandernder Stimme schilderte der gelehrte Oberherr eine Ehe ohne Gott, der er eine Ehe mit Gott gegenüberstelle. Gebet und Segen beschloß die weihevolle Feier, der darnach eine Unterredung mit dem Gemeindekirchenrat in der Sakristei der Kirche folgte. Nachmittags 2 Uhr hielt Herr Pfarrer Michalik einen Abendgottesdienst ab und um 6 Uhr fand der Abendgottesdienst statt, bei welchem Pfarrer Mackwitz die Liturgie und eine Predigt über 1. Pet. 3. D. 4–8 hielt.

Montag, den 6. Juni, war der Revision der Schulen gewidmet. Um 7½ Uhr fuhren die Herren Superintendent Boie, Superintendent Dr. Claas und Domprediger Grunau nach Stuthof, woselbst die Schulen Stuthof, Anabene- und Mädchen-Schule, Bodenwinkel, Mittelhaken, Weidenhaken und Neukrügerskampe geprüft wurden. In der Kirche prüften die Herren Superintendenten Daniels, Plath und Pfarrer Albert die Schulen zu Steegen A. u. B., Junkeracher, Glabitsch, Tücherbabke, Pafewark A. u. B. Der Herr General-Superintendent D. Döblin, in Begleitung des Herrn Stadtschulrat Dr. Damus, welcher früh Morgens aus Danzig eingetroffen war, blieb die Hälfte der Zeit in Steegen, worauf beide Herren mit Pfarrer Michalik in Stuthof der Prüfung bewohnten. Um 1 Uhr kehrten alle Herren zur Conferenz nach Steegen zurück, welche um 3½ Uhr beendet war. Abends fand dann noch eine Besprechung mit den Ortsgeistlichen statt, womit dann die Visitation in dieser großen Gemeinde ihren Abschluß fand.

Dienstag, den 7. Juni, Morgens 7 Uhr, begab sich die Commission nach Stuthof und trat die Reise auf einem Dampfer nach Pröbberau an. Die Fahrt war von dem herrlichen Wetter begünstigt, eine erfrischende Brise wehte über das Haff, dessen Ufer uns in der Ferne grüßten. Nach zweistündiger Fahrt legten die unveränderten Tücherboote von Pröbberau an den Dampfer an und ein ungemein liebliches Bild bot sich den Blicken dar. Umgeben von dem dunklen Grüne der Tannen rote aus dem friedlichen Dörfern die freundliche Kirche von Pröbberau hervor. Am Ufer harrte im Fischschmuck die Gemeinde und der Ortsgeistliche Herr Pfarrer Gregorowski begrüßte mit herzlichen Worten die Commission. Die Schulkindern sangen: „Ein feste Burg ist unser Gott“, worauf der Herr General-Superintendent D. Döblin den Segensgruß bot. Nach kurzem Aufenthalt im Pfarrhause begaben sich die Herren der Commission in die Kirche, über deren Eingang „Ein feste Burg ist unser Gott“ prangte. Die sehr zahlreich erschienene Gemeinde inmitten des mit frischen Tannengrün geschmückten Gottshauses mit vielen von der Decke herabhängenden Schiffen gewährte einen schönen Anblick. Nach der Liturgie hielt der Ortsgeistliche eine Predigt über Apostelgeschichte 2. 42–47. In der daraus folgenden Ansprache sprach der frühere altheimwärter Seelsorger Herr Superintendent Boie über Off. 2. 24 und forderte seine alte Gemeinde auf, in der Reinheit der Gitten und der Treue des Glaubens beständig zu sein. Die Besprechung mit den Confirmirten hielt Herr Pfarrer Albert über Apostelgeschichte 2. 42. In der Bezeichnung mit den Hausvätern und Hausmüttern gab der Herr General-Superintendent D. Döblin zugleich mit dem Zeugniß der Freude über die Gemeinde dem Wunsche Ausdruck, die Familienhäupter möchten freudig im Glaubenskampf aushalten, worauf mit Gebet und Gegen die Feier schloß und eine Unterredung mit dem Gemeindekirchenrat im Pfarrhause folgte.

Nachmittags fand die Schulvisitation der Schule Vogelsang, Kahlberg und Pröbberau statt durch die Herren Superintendent Dr. Claas, Plath und Boie. Nach herzlichem Abschied von der gesammten Gemeinde fuhr die Commission ab und traf in Kahlberg, dem Ostseebade auf der frischen Nehrung, um 4½ Uhr ein, worauf um 6 Uhr im Saale des Kurhauses Belvedere ein Gottesdienst abgehalten wurde, bei welchem Herr Superintendent Plath über Joh. 5. D. 1–9 und D. 14 die Predigt hielt.

Mittwoch, den 8. Juni, läutete der Dampfer früh seine Anker und fuhr weiter nach dem Osten zum Besuch des leichten Kirchspiels auf der frischen Nehrung, Neukrug. Immer einfacher erhielten die Düne, immer vereinzelter die Wohnungen der Menschen, bis endlich inmitten eines grünen Thalhessels die Kirche von Neukrug auftauchte. Wiederum brachten Tücherboote die Commission an das Land, woselbst dieselbe mit dem Gesange der Kinder „Lobe den Herren, den mächtigen König der Ehren“ empfangen wurde. Nach einer Rast von wenigen Minuten begann der Gottesdienst bei ziemlich spärlicher Gemeinde, deren Hausväter meistens auf den Tücherboaten gezogen waren. Mit tiefer Andacht folgten die Anwesenden dem Gange des Gottesdienstes. Nach der Liturgie hielt Herr Superintendent Daniels eine Predigt über Luk. 7. D. 36–50. Sobann sprach Herr Domprediger Grunau über Luk. 19. D. 5, worauf sich die Besprechung mit den Confirmirten unter Herrn Superintendenten Dr. Claas über 2. Cor. 5. D. 17, anschloß. Schließlich unternahm Herr General-Superintendent D. Döblin eine Besprechung mit den hausvätern und hausmüttern über Ruth 16–17: Wo du hingehst, da will ich auch hingehen. Wiederum waren die mahnenden Worte zur Treue eine recht Erquickung für die Gemeinde. Unmittelbar nach dem Gebet und Segen erfolgte die

Verlelung der Schulen von Narmeln und Neukrug. In der Unterredung mit dem Gemeindekirchenrat gab der hochwürdige Oberherr der Provinz der frohen Hoffnung Ausdruck, daß der Bau des Pfarrhauses bald beginnen möchte und überreichte dem Vorstand einen Sparkassenbuch mit der Summe von 6000 Mk., welche der evangelische Ober-Archivrat aus Staatsmitteln hierzu bewilligt hatte. Möge auch auf diesem entlegenen Posten bald ein Seelsorger nach dem Herzen des Herrn die gläubige Gemeinde leiten.

Um 2 Uhr war die Feier beendet, worauf dann noch eine Besichtigung des für den Pfarrhausbau in Aussicht genommenen Landstückes folgte. Nach kurzer Erfrischung erfolgte die Rückfahrt nach Kahlberg, woselbst ein gemeinsames Mittagesessen die Commission verhielt. Um 6 Uhr erfolgte die Abreise nach Stuthof, wo der Dampfer mit anbrechender Dunkelheit um 8½ Uhr eintraf. In bereitwillig gestellten Wagen fuhren die Mitglieder der Commission wiederum in die alten, neu geschmückten Quartiere nach Steegen.

Am Donnerstag, den 9. Juni, früh um 6½ Uhr, sammelten sich auf dem Bahnhofe die Equipagen zur Abreise der Commission. Mit den herzlichsten Segenswünschen gab Pfarrer Michalik das Gleit. Die erquickenden Stunden, welche die Herren Mitglieder der Generalkirchenvisitation den Gemeinden bereitet sind über alles Lob erhaben. Gottes Barmherzigkeit auf sie zum seligen Wiedergrüßen. In Rickelswalde, der Grenze des Kirchspiels Bohnfack, empfing sie der Gruß der Lehrer und der Gefang der Schulkind und bald darauf besiegten die Herren der Commission den Dampfer, welcher sie die Weichsel herab nach Bohnfack, dem weiteren Ziel gesegneter Arbeit, führte.

* [Lasseten-Anfischen.] Am Sonnabend, den 18. d. Mts. Vormittags von 8 Uhr ab, sollen auf dem Anschickstande vor der Mövenbranche in Weichselmünde wieder Lasseten mit zusammen 200 Schuh auf Haltbarkeit angelöscht werden. Der gefährdeten Theil der See liegt vom Fischungshafen Weichselmünde aus zwischen zwischen NNO. und NO. z. D. mißwesen und erfreut sich von der Küste auf 1000 Meter in See. Zum Abperren des gefährdeten Theils der See kreuzt während der ganzen Dauer des Schießens neben der Schießlinie ein Dampfer mit einem Looisen an Bord.

* [Grafenhammer.] Am 8. Januar d. J. ereignete sich in Petershagen eine folgenreiche Schießfaire, welche auch wir damals berichtet haben. In einem dortigen, von Arbeitersfamilien bewohnten Hause wohnte der Arbeiter Radke, ferner der Arbeiter Burchardt nebst Familie, ferner war dort in einer Familie der 13jährige Knabe Ernst Flieshowski in Psiege geboren. Radke kaufte vor 1–2 Jahren einen Posten alter Werkzeuge, unter denen sich eine doppelläufige Flinte, eine richtige „alte Kanone“, befand, an der nur noch ein Hahn vorhanden war. Er barg die Flinte auf seinem Hausboden und dort blieb sie unberührt liegen und lag dort wahrscheinlich noch, wenn nicht Flieshowski eines Tages das Spielobjekt gesehen und beschlossen hätte, es sich anzuwenden. Da der Boden verschlossen war, mußte er zum Einbruch herreiten; er brach einige Latzen aus und stahl das Gewehr. Mit dem 15jährigen Knaben Ernst Burchardt zusammen versteckte er das Gewehr in dem Stalle des Burchardt. Das war am 5. Januar; die folgenden Tage vergingen damit, daß sich F. bemühte, Sündhütchen auszutreiben. Am 8. Januar Abends ging der junge Burchardt in den Stall seines Vaters und traf dort den F., der mit dem Gewehr operierte. F. hatte den Hahn mit einem Sündhütchen verlesen und drückte los, indem er den Lauf auf B. richtete. Plötzlich krachte ein scharfer Schuß und nach wenigen Schüssen brach B. zusammen. Es muß in dem Gewehr Jahre hindurch ein alter Schrotshuß gesetzt haben, den F. mit dem Sündhütchen abgefeuert hatte. Auf den Schuß lief Alles zusammen; man trug den Verletzten in das Sündhütchen seiner Eltern und dort zeigte es sich, daß der auf wenige Schritte abgegebene Schuß eine lebensgefährliche Wunde herbeigeführt hatte. Die Augen waren in den Unterlid eingedrungen, so daß aus der handtellergroßen Wunde die Eingeweide traten. Der Knabe litt furchtbar und man fuhr ihn sogleich zum Stadtkarath in der Sandgrube, wo er in Chloroformarkose versetzt wurde. Eine sofort vorgenommene schwere Operation verhinderte nichts zu helfen und noch in der Nacht verstarb der Knabe. Bei der Section ergab es sich, daß die ganzen Gewebe durchlöchert waren. Flieshowski, der unvorsichtige Schütze, der, nachdem er gesehen, was er angerichtet hatte, gleich davon laufen war, wurde wegen Diebstahls an der Flinte und wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Die Strafammer verurteilte ihn heute zwar wegen Diebstahls zu 6 Wochen Gefängnis, sprach ihn aber von der leichteren Anklage, wegen welcher der Staatsanwalt 1 Jahr Gefängnis beantragt hatte, frei. Der Gerichtshof sah aus, daß man einem Knaben nicht zumuthen könne, gleich alle Möglichkeiten zu erwägen, wenn er ein Gewehr in die Hand nähme. Da F. aber zur Verwahrung neigt, sprach das Gericht seine Unterbringung in eine Besserungs- oder Erziehungsanstalt aus.

* [Versammlung der Sozialdemokraten.] Im Bürgergarten in Schiditz fand gestern eine Versammlung sozialdemokratischer Wähler unter dem Vorsteher des Herrn Hahn statt, der auch eine Anzahl Frauen bewohnt. Da von den Sozialdemokraten ausgestellte Kandidat, Herr Volksanwalt Franz Storch aus Stettin, erst mit dem Abendzuge von einer Wahlversammlung aus Schönebeck zurückkehrte, konnte die Versammlung erst gegen 10 Uhr ihren Anfang nehmen. In einer einflüssigen Rede sprach Herr Storch dann über die gegenwärtigen Angriffe, insbesondere der Presse, hauptsächlich der conservativen „Elbinger Zeitung“. Das Proletariat werde der Regierung beweisen, daß der Samen, der einmal da ist, nicht ausgerottet werden könne. Redner ging dann auf die Danziger Vorgänge ein und sprach die Erwartung aus, daß die Sozialdemokraten gleich im ersten Wahlgange mehr Stimmen bekommen würden, wie Herr Richter, Herr Richter sei die Flottenfrage seiner Vaterstadt schuldig; für Danzig sei das zwar sehr gut, aber nicht für die anderen Arbeiter, die nicht auf Werken beschäftigt sind. Herr Richter beschäftigte sich viel zu viel mit dem Kästenschuh (H.). Er (Redner) sei zwar noch nicht Parlamentarier, glaube aber in den 18 Jahren als Genosse der Sozialdemokraten sich schon verdient gemacht zu haben als einer, der 28 Jahre im Parlament sitzt. Schließlich ermahnte Redner, der bis 7 Uhr Morgens zu sprechen sich erbot, die katholischen Arbeiter, schon im ersten Wahlgange einem Sozialdemokraten ihre Stimme zu geben (Rufe: Bravo!), denn Danzig müsse durch einen Sozialdemokraten im Reichstag vertreten sein. Mehrere Redner empfehlen dann die Wahl des Herrn Storch, worauf gegen Mitternacht die Versammlung geschlossen wurde.

* [Abschiedessen.] Gestern fand unter sehr starker Beteiligung im St. Josephshause das Abschiedessen für den nach Pelpin versetzten Prälaten Herrn Dompropst Stengert statt. Den ersten Lauf auf den Kaiser brachte Herr Oberbürgermeister Delbrück aus, der hervorholte, daß Herr Stengert sich stets durch seine entgegenkommende, verständige und charakteristische Haltung ausgezeichnet habe und daß nicht nur seine Verdienste, sondern auch der Umstand, daß er ein echter deutscher Mann sei, von der Regierung anerkannt worden sei, die ihn zu dieser hohen Stellung berufen habe. Namens der Schuldeputation feierte ihn Herr Bürgermeister Trampe, welcher besonders seine stete Hilfsbereitschaft hervorholte. Herr Rechtsanwalt Döbe sprach im Auftrage des St. Brigitten-Gemeinde, Herr Pfarrer Scharmer namens der Decanatsgeistlichen, Herr Dr. Götz namens des St. Marien-Krankenhauses, und Herr Domkapitular Dr. Rosenthal-Pelpin begrüßte Herrn Stengert als zukünftigen Collegen und schiede in humoristischen Worten seine Thätigkeit im französischen Feldzuge. Darauf dankte der Herr Prälat mit einem Hoch auf die Stadt Danzig und wünschte, daß in derselben stets ein tiefer Friede und Eintracht zwischen den Confessionen bestehen möge.

* [Haushältnischer Verein von 1870.] Ein langjähriges Vorstandsmitglied des Vereins, Herr Hauffmann Julius Schmidt, der als Leiter des Stellenvermittlungsbureaus wie als Stellvertretender Vorstand dem Verein vielseitige Dienste geleistet hat, vollendete heute eine 25jährige Mitgliedschaft. Der Verein dankte Herrn Schmidt heute dafür, daß er durch eine aus dem Vorstandenden Herrn Hauff und den Vorstandsmitgliedern Herrn Anger, Jeuner und Streichhahn bestehende Deputation denselben einen Loslaufstall mit entsprechender Widmung überreichen ließ.

* [Lehrlingsverhältnisse.] Durch die am 1. April d. J. in Kraft getretenen Bestimmungen der Gewerbeordnungswelle vom 28. Juli 1871 sind bezüglich der Lehrlingsverhältnisse mehrfache Änderungen eingetreten. Auger dem bereits in Nr. 23 117 unserer Zeitung erwähnten ist noch Folgendes hervorzuheben: Der Lehrvertrag ist stets schriftlich abzuschließen und zwar binnen vier Wochen nach Beginn der Lehre. Derselbe muß enthalten die Bezeichnung des Gewerbes oder der gewerblichen Thätigkeit, in welcher die Ausbildung erfolgen soll, die Angabe der Dauer der Lehrzeit und der gegenseitigen Leistungen, sowie die gesetzlichen und sonstigen Voraussetzungen, unter welchen die einseitige Auflösung des Vertrages zulässig ist. Ein Exemplar des Lehrvertrages ist dem Vater bzw. Vormund des Lehrlings auszuhändigen; auch ist der Lehrherr verpflichtet, den Vertrag der Ortspolizeibehörde auf deren Verlangen einzureichen. Innerhalb der Probezeit, welche mindestens vier Wochen und höchstens drei Monate betragen soll, kann das Lehrverhältnis beiderseits durch einseitigen Rücktritt aufgelöst werden. Nach Ablauf der Probezeit ist, sofern ein gesetzmäßiger Grund zum Verlassen der Lehre nicht vorliegt, eine einseitige Auflösung seitens des Lehrlings nur dadurch möglich, daß derselbe, bzw. wenn er minderjährig ist, sein Vater oder Vormund dem Lehrherrn die schriftliche Erklärung abgibt, daß Erster zu einem anderen Gewerbe oder Berufe übergehen werde. In diesem Falle gilt das Lehrverhältnis spätestens nach Ablauf von weiteren vier Wochen als aufgelöst; ohne Zustimmung des Lehrherrn darf alsbald der Lehrling in demselben Gewerbe von einem anderen Arbeitgeber neuen Dienstanträgen nach der Auflösung des bisherigen Lehrverhältnisses nicht beschäftigt werden.

* [Steuermannsprüfung.] Die gestern am 14. Juni beendete Steuermannsprüfung wurde von fünf Gesetzten, Schülern der hiesigen königl. Navigationschule, bestanden, von den Herren Hinrich Stephan, Maschke, Geh., Schulz. Erster erhielt die Reichsprämie.

* [Beränderungen im Grundbesitz.] Vor dem Olivaerthor Blatt 1 (Zigankenberg) ist verkauft worden von der verwitweten Frau Hildegard Moske, geb. Gröhrer, an die deutsche Wagenbau- und Leihgesellschaft der Arbeiter Radke, ferner der Arbeiter Burchardt nebst Familie, ferner war dort in einer Familie der 13jährige Knabe Ernst Flieshowski in Psiege geboren. Radke kaufte vor 1–2 Jahren einen Posten alter Werkzeuge, unter denen sich eine doppelläufige Flinte, eine richtige „alte Kanone“, befand, an der nur noch ein Hahn vorhanden war. Er barg die Flinte auf seinem Hausboden und dort blieb sie unberührt liegen und lag dort wahrscheinlich noch, wenn nicht Flieshowski eines Tages das Spielobjekt gesehen und beschlossen hätte, es sich anzuwenden. Da der Boden verschlossen war, mußte er zum Einbruch herreiten; er brach einige Latzen aus und stahl das Gewehr. Mit dem 15jährigen Knaben Ernst Burchardt zusammen versteckte er das Gewehr in dem Stalle des Burchardt. Das war am 5. Januar; die folgenden Tage vergingen damit, daß sich F. bemühte, Sündhütchen auszutreiben. Am 8. Januar Abends ging der junge Burchardt in den Stall seines Vaters und traf dort den F., der mit dem Gewehr operierte. F. hatte den Hahn mit einem Sündhütchen verlesen und drückte los, indem er den Lauf auf B. richtete. Plötzlich krachte ein scharfer Schuß und nach wenigen Schüssen brach B. zusammen. Es muß in dem Gewehr Jahre hindurch ein alter Schrotshuß gesetzt haben, den F. mit dem Sündhütchen abgefeuert hatte. Auf den Schuß lief Alles zusammen; man trug den Verletzten in das Sündhütchen seiner Eltern und dort zeigte es sich, daß der auf wenige Schritte abgegebene Schuß eine lebensgefährliche Wunde herbeigeführt hatte. Die Augen waren in den Unterlid eingedrungen, so daß aus der handtellergroßen Wunde die Eingeweide traten. Der Knabe litt furchtbar und man fuhr ihn sogleich zum Stadtkarath in der Sandgrube, wo er in Chloroformarkose versetzt wurde. Eine sofort vorgenommene schwere Operation verhinderte nichts zu helfen und noch in der Nacht verstarb der Knabe. Bei der Section ergab es sich, daß die ganzen Gewebe durchlöchert waren. Flieshowski, der unvorsichtige Schütze, der, nachdem er gesehen, was er angerichtet hatte, gleich davon laufen war, wurde wegen Diebstahls an der Flinte und wegen fahrlässiger Tötung angeklagt. Die Strafammer verurteilte ihn heute zwar wegen Diebstahls zu 6 Wochen Gefängnis, sprach ihn aber von der leichteren Anklage, wegen welcher der Staatsanwalt 1 Jahr Gefängnis beantragt hatte, frei. Der Gerichtshof sah aus, daß man einem Knaben nicht zumuthen könne, gleich alle Möglichkeiten zu erwägen, wenn er ein Gewehr in die Hand nähme. Da F. aber zur Verwahrung neigt, sprach das Gericht seine Unterbringung in eine Besserungs- oder Erziehungsanstalt aus.

Aus den Provinzen.

* [Oliva, 15. Juni.] In der hiesigen evangelischen Kirche wurde gestern bei guter Beteiligung das diesjährige Missionsfest der Diözese Neustadt gefeiert, bei welchem alle Geistlichen der Diözese anwesend waren. Herr Konfessorialrat C. Dr. Gröbler aus Danzig hielt die Festpredigt, und Herr Pfarrer Reimer aus Krochow gab den Missionsbericht. Ein Schülerchor trug durch gut ausgeführte Gesänge: „Ich bleibe an die Macht der Liebe“ u. a. zur Erhöhung der Feier bei.

Nach der Kirche versammelten sich die fremden Gäste wie auch verschiedene hiesige Theilnehmern zum gemeinschaftlichen Mittagesessen in Thierfelds Hotel. Um 3 Uhr hielt alsbald der Superintendent-Derwitzer Herr Pfarrer Reimer eine Kirchenvisitation ab, wozu sowohl die Confirmirten als auch die bereits Confirmirten eingeladen waren.

Erlbing, 14. Juni. Die italienische Regierung bestellte bei der Schichau'schen Werft zwei Torpedobootszerstörer von 30 Seemeilen Geschwindigkeit.

W. Erlbing, 14. Juni. Obwohl in unserem Wahlkreise im ganzen fünf Kandidaten für die Reichstagswahl aufgestellt worden sind, so wird doch eigentlich nur durch zwei Parteien gearbeitet, und zwar durch die Conservativen und die Sozialdemokraten. Von Seiten der Conservativen befürchtet man, daß v. Puttkamer doch nicht gleich in der Hauptwahl gewählt werden könnte, während die letzteren auf eine Sichwahl rechnen. — Der plötzlich ersinnig gewordene Graf v. Gröben-Poncar ist in die Irrenanstalt Conradstein bei Pr. Stargard gebracht worden.

s. Flatow, 14. Juni. Am Freitag brach in einem Insthouse des Oberamtmanns Dobberstein im Schieß Feuer aus, von dessen Flammen auch bald ein zweites Arbeiterhaus in Asche gelegt wurde; leider ist hierbei ein junger Menschenleben zum Opfer gefallen. Das Feuer brach aus, als die Arbeiterfamilien bei der Schafwäsche beschäftigt waren, in Folge dessen nicht das Geringste von den Habeligkeiten der armen Leute gerettet werden konnte. Der Abwesenheit der Arbeiter ist es auch zuszuschreiben, daß das 1½ Jahre alte Kind des Töpferschmieds Gübermann mit verbrannt ist. Der Brand soll von einer Ortsarbeiterin böswillig angelegt worden sein. Bei ihrer Festnahme gestand sie die That und bemerkte, daß sie aus Rache gegen die Mithabwerker gehandelt habe.

P. Heiligenbeil, 14. Juni. Am 12. d. Mts. Abends 10 Uhr, gingen die Wirtschaftsgebäude des Landwirthes Rohde in Wermten bei Heiligenbeil in Flammen auf.

Stekbriesserledigung

Der hinter der Arbeitstrau Julianne Kruse, geb. Wilkowsky aus Sandwe, geboren am 2. November 1860 zu Meisterswalde, unter dem 27. Mai cr. erlassene Stekbriess ist erledigt.

Danis, den 13. Juni 1898. (8209)

Der Untersuchungsrichter am Königl. Landgerichte.

Bekanntmachung.

Die Arbeiten und Lieferungen zur Herstellung eines neuen Brückwerks in Eisen- und Monierconstruction oberhalb der Mühlenbrücke werden in drei Losen zur öffentlichen Verbindung gestellt.

Loos I. Abbruchs-, Erd-, Ramm- u. Cementirungsarbeiten.
II. Lieferung von Monierplatten.
III. Lieferung der gewünschten Träger und des Kleinschalzeugs.

Die verhüllten und mit entsprechender Aufschrift versehenen Angebote sind für jedes Loos gesondert und unter ausdrücklicher Anerkennung der für die Arbeiten und Lieferungen vor geschriebenen Bedingungen bis zum

22. Juni cr. Vormittags 12 Uhr

im Baubureau des Rathauses einzureichen und werden alsdann im Begegnung der erschienenen Unternehmer eröffnet.

Bedingungen und Zeichnungen liegen im Baubureau während der Dienststunden zur Einsicht aus und sind Abschriften von der selben gegen Erlegung der Kopialabgabe erhältlich.

Danis, den 10. Juni 1898. (8072)

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Auf die für das Jahr 1898 feststehende Dividende der Reichsbankanthette wird vom 15. d. Mts. ab eine erste halbjährliche Abzugszahlung von einem und zweiviertel Prozent oder

52 Mark 50 Pfennig

für den Dividendenbechein Nr. 7 bei der Reichsbankhauptkasse in Berlin, bei der Reichsbankausstellen, Reichsbankstellen, der Reichsbankkommandite in Insterburg, sowie bei sämtlichen Reichsbanknebenstellen mit Rasseneinrichtung erfolgen.

Berlin, den 11. Juni 1898. (8189)

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Graf Potadowsky.

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung vom 8. Juni 1898 ist an demselben Tage in Carthaus bestehende Handelsüberlassung des Kaufmanns und Baugewerkmeisters Wilhelm Trieb ebenda selbst unter der Firma

"W. Trieb"

in das diesseitige Handels-Register unter Nr. 113 eingetragen.

Carthaus, den 8. Juni 1898. (8118)

Königliches Amtsgericht.

Concursverfahren.

Das Concursverfahren über das Vermögen des Restaurateurs C. Liedtke zu Graudenz wird, nachdem der in dem Vergleichstermine vom 15. April 1898 angenommene Zwangsvergleich durch rechtshärtigen Beschluss von demselben Tage bestätigt ist, hierdurch aufgehoben.

Graudenz, den 10. Juni 1898.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist heute bei der unter Nr. 162 eingetragenen, in Krojanke domizilierten Firma: "J. Neuwess Witwe" vermerkt worden, daß die Mitthaberin, Fräulein Paula Neunes zu Krojanke aus dem Handelsgeschäft ausgeschieden ist.

Flatow, den 21. Mai 1898.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

In unser Firmenregister ist heute das Erdöldienst der unter Nr. 82 vermerkten Firma C. Grodki in Strasburg eingetragen worden.

Strasburg, Westpr., den 4. Juni 1898.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung vom 2. Juni 1898 ist am selben Tage die in Flatow bestehende Handelsüberlassung des Apothekers Ernst Hennings ebenda selbst unter der Firma

"E. G. Hennings"

in das diesseitige Firmen-Register unter Nr. 197 eingetragen.

Flatow, den 2. Juni 1898. (8158)

Königliches Amtsgericht.

Zwangsvorsteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die im Grundbuche von Danzig, Vorstadt, Graben Blatt 40 und Fleischergasse Blatt 43 auf den Namen des Hoteliers Robert Kühlens und seiner gittergemeinshaftlichen Cheffrau Marie, geb. Östermann, eingetragenen, Vorstadt, Graben Nr. 18 bzw. Fleischergasse Nr. 90 belegenen Grundstücke

am 12. Juli 1898, Vormittags 10 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht — an Gerichtsstelle — Pfefferstadt Jinnier 42 versteigert werden.

Das Grundstück Vorstadt, Graben Blatt 40 ist bei einer Fläche von 17 Ar 77 Quadratm. mit 7890 M. Nutzungsmerh zur Gebäudesteuer veranlagt. Das Grundstück Fleischergasse Blatt 43 ist bei einer Fläche von 1 Ar 18 Quadratm. mit 4500 M. Nutzungsmerh zur Gebäudesteuer veranlagt.

Die nicht von selbst auf den Erleben übergehenden Ansprüche, insbesondere Zinsen, Kosten, wiederkehrende Gebungen, sind bis zur Auflösung zum Bieten anzumelden.

Das Urteil über die Erteilung des Zuschlags wird am 12. Juli 1898, Nachmittags 12½ Uhr, an Gerichtsstelle verkündet werden.

Danis, den 11. Mai 1898. (8966)

Königliches Amtsgericht. Abth. 11.

Stadtbibliothek.

Zum Zwecke der jährlichen Revision sind sämtliche aus der Stadtbibliothek entliehenen Bücher an den Lagen vom 20. bis 22. d. Mts.

zurückerfordern und zwar von den Entleihern mit den Anfangsbuchstaben

A—G. Montag, den 20. Juni von 2—5 Uhr Nachm.

H—K. Dienstag, den 21. Juni "

R—S. Mittwoch, den 22. Juni "

widrigfalls sofort kostenpflichtige Mahnung erfolgt.

Die Wiederausgabe der Bücher findet am 27.—30. Juni er-

statt.

Während des Monats Juli cr. bleibt die Bibliothek geschlossen.

Danis, den 14. Juni 1898. (8087)

Die Verwaltung der Stadtbibliothek.

Auction

in der

Obersförsterei Stangenwalde,

Bahnhofstall Aahlbude.

Mittwoch, den 22. Juni 1898, Vormittags 10 Uhr, werde ich in der Obersförsterei Stangenwalde wegen Aufgabe der Wirthschaft an den Viehbeständen verkaufen:

5 gute Vierde, darunter 2 polnische Jucker, 6- und 7jähr., und 1 tragende Stute, 1 Fohlen, 7 Milchkühe, 1 angehörte Bullen, 5 Glück Jungvieh, 2 Tränkhälber, einige Schweine, Süßner, 1 sechslötigen Jagdwagen, 2 Revierwagen, 2 Arbeitswagen mit 2 Arbeits- u. 2 Strohflüttchen, Pierdegehirre, 1 fast neue Dreschmaschine mit 2p. Röhrwerk, 1 Häckelmashine, Blüsse, Ecken, dico, Wirtschafts-, Stall- u. Hausrattheit.

Den mir bekannten Räufern gewähre ich einen zweimonatlichen Credit. Unbekannte zahlen folglich Führwerke werden um 8 Uhr Morgens auf Bahnhof Aahlbude bereit stehen.

F. Klau,

Auktionator und gerichtlich vereidigter Taxator.

Danis.

(7698)

Wiesenverpachtung zu Hundertmark.

Dienstag, den 21. Juni 1898, Vormittags 10 Uhr, werde ich im Auftrage des Kaufmanns Herrn Herrm. Bertram die früher zum Rittergut Schwintz gehörigen

ca. 130 culm. Morgen Wiesen

parzellweise zur diesjährigen Vor- und Nachheuerung an den Pachtbeständen verpachten und die Bedingungen sowie den Zahlungsstermin bei der Verpachtung bekannt machen. Der Verhandlungs-

ort ist auf qu. Wiesen.

F. Klau, Auctionator,

Danis, Frauengasse 18.

Für den Neubau des Kaserne-ments zu Sensburg soll die Lieferung von
10.950 cbm gelöster Ralk,
3000 - scharfer Mauerland,
800 hl hydraulischer Ralk,
90.000 kg Cement,
1200 m Granitfliesen u. Licht-
schachtabdeckungen,
10 Tausend 4/5 |
1 1/2 - 3/4 | Eisenklinker
20 - 1/4 |
1500 - Hintermauerungs-
steine (in einzelnen
Losen)

öffentliche verbunden werden.

Bedingungen und Zeichnungen liegen in den Geschäftszimmern des Magistrats zu Sensburg und des Garnison-Baumeister zu Allenstein zur Einsicht aus;

erstere können gegen gebühren-

freie Einsicht von 1.50 M.

für jedes Loos von beiden

Stellen bezogen werden.

Vertragte, mit entsprechender

Aufschrift versehene Angebote

sind bis zum Termin

den 24. Juni 1898.

Vormittags 11 Uhr.

an den unterzeichneten Magistrat

einreichen, durch welchen die

Öffnung der Angebote erfolgen

wird.

Alenstein, den 6. Juni 1898.

Der Garnison-Baumeister.

Sensburg, den 6. Juni 1898.

Der Magistrat. (8103)

Bekanntmachung.

Die für das Jahr 1898 feststehende Dividende der Reichs-

bankanthette wird vom 15. d. Mts. ab eine erste halbjährliche

Abzugszahlung von einem und zweiviertel Prozent oder

52 Mark 50 Pfennig

für den Dividendenbechein Nr. 7 bei der Reichsbankhauptkasse in

Berlin, bei den Reichsbankausstellen, Reichsbankstellen, der

Reichsbanknebenstellen mit Rasseneinrichtung erfolgen.

Berlin, den 11. Juni 1898. (8189)

Der Stellvertreter des Reichskanzlers.

Graf Potadowsky.

Bekanntmachung.

Die Zeitvormärkte in

Grunau, Reg.-Bez. Danzig,

pro 1898 werden auf An-

ordnung der Agl. Regierung

nicht, wie in den Alendarern

bekannt gemacht, am Donners-

tag abgehalten, sondern finden

am "Mittwoch", den 6. u.

20. Juli, den 3., 17. u. 31.

August, den 14. u. 28. Septbr.,

den 12. u. 26. Oktober, den

9. November statt.

Grunau, im Juni 1898.

Die Marktkommission.

J. D.

P. Klatt.

Bekanntmachung.

Es laden in Danzig:

Nach London:

SS. "Agnes", ca. 16./18. Juni.

SS. "Blonde", ca. 24./26. Juni.

SS. "Mlawka", ca. 25./27. Juni.

Es laden in London:

Nach Danzig:

SS. "Blonde", ca. 15./17. Juni.

Th. Rodenacker.

An Order

findet v. Karthus (Ablader Horn os.

Brotfist. Son.) per Segler

"John Frederik"

100 000 Silo Mais

Beilage zu Nr. 138 des „Danziger Courier“.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land.

Donnerstag, 16. Juni 1898.

Liberale Wählerversammlung.

Die zu Dienstag Abend von dem freisinnigen Wahlverein berufene Versammlung zur letzten Vorbesprechung über die Reichstagswahl hatte den Schürenhaussaal wieder dicht gefüllt.

Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden des freisinnigen Wahlvereins hrn. Berent eröffnet, welcher den Vorschlag machte, zunächst die in voriger Versammlung vertagte Discussion fortzuführen, worauf Herr Schramm auf die Nähe des Wahltermins hinwies, sich in etwas drastischer Weise über einige Aeußerungen in den conservativen Versammlungen, namentlich über die Versprechungen von conservativer Seite, das Handwerk zu schämen, ausprach. Die conservativen Herren hätten sich darüber aufgehalten, daß ein Minister Herrn Rieckert auf die Schulter gekrokt hat. (Stürmische Heiterkeit.) Das würde es wohl auch gefreut haben, das tut ihnen leid, daß es ihnen nicht auch passiert ist. Die Conservativen könnten ruhig sein, Herr Rieckert sei der selbe überzeugungsstarke Mann geblieben. Er hoffe, daß wir unseren Herrn Rieckert wieder nach Berlin schicken werden. (Beifall).

Da hr. Berger, der sich in voriger Sitzung auch noch zum Wort gemeldet hatte, nicht anwesend war, erhielt der Vorsitzende das Wort.

Herr Abg. Rieckert (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Derfelbe erwähnt zunächst die vielen Angriffe, mit denen man ihn von rechts und links in den letzten Tagen zu jermalen versucht hat. Nun — ich bin aus früheren Wahlkämpfen daran gewöhnt! — halte es schon aus. Ich wünsche nur, daß die conservativen Gegner weniger empfindlich wären, wenn man ihnen auf die Angriffe antwortete. Das hiesige conservative Organ hat in einem wichtigen seinem Artikel verkündet, daß ich aus Besorgniß hier durchzufallen, mich in einem anderen Wahlkreis (im Herzogthum Lauenburg a. Elbe) als Kandidat habe aufstellen lassen. Ich habe das allerdings auch in den Zeitungen gelesen. Eine direkte Nachricht aus dem dortigen Wahlkreise von Wählern ist mir nicht zugegangen. Auch in anderen Wahlkreisen bin ich als Wahlkandidat genannt. Das wird aber wohl meine hiesige Kandidatur ebenso wenig beeinträchtigen und erschüttern. Damit werden meine Gegner nichts gegen mich anfangen können. Jedenfalls erkläre ich Ihnen auf das bestimmtste, daß ich, wenn ich hier in meiner Heimat wiedergewählt werden sollte, das Mandat von Ihnen annehmen würde. (Lebhafte Beifall). In meinem Alter trenne ich mich nicht von meinen alten langjährigen Freunden; schenkt man mir hier das Vertrauen noch einmal, so will ich auch, wenn ich noch so lange lebe, die nächste Legislaturperiode Ihr Vertreter sein. (Beifall). Der conservative Kandidat meinte, ich thue mir viel darauf zu gut, daß ich für die hiesigen Interessen habe eintreten können, ein Reichstag sei doch keine Stadtverordneten-Versammlung. Gewiß nicht! Aber sofern die allgemeinen Interessen mit den hiesigen zusammenfallen — und das sei hier so gewesen — ist es meine Pflicht und Schuldbigkeit gewesen, dafür einzutreten, und es ist mir eine besondere Genugthuung gewesen, für solche Dinge, wie Aufstellung des Identitätsnachweises, Privattransfänger, Handelsverträge etc. wirken zu können. Das lag nicht nur im Interesse der Tausende von Arbeitersfamilien, die Handel und Verkehr hier ernährt, sondern auch im Interesse der Landwirtschaft, der Gewerbe und der Industrie. Es ist jedenfalls kein Fehler, wenn der Abgeordnete neben den allgemeinen Interessen auch diejenigen seiner Heimat wahrt nimmt, falls sie das Allgemeinwohl nicht verleihen. (Beifall), es ist kein Fehler, sondern ein Vorteil, wenn man diese Interessen genau kennt. Dem Herrn Ober-Regierungsrath Möhrs gefällt es nicht, daß ich in einigen „Schuhverbänden“ die Interessen der Herren Commerzienräthe vertrete. Da steht man, wie diese Herren von den wirklichen Verhältnissen unterrichtet sind. Den Schuhverband gegen agrarische Uebergriffe habe ich nicht gegründet, ich gehöre nicht dem Vorstande an, aber ich bin gern dem Veroande als Mitglied beigetreten, aber nicht um der Herren Commerzienräthe willen, denn für sie persönlich wird es wohl nicht ins Gewicht fallen, ob sie für das Doppelpfund Brod 2 Pf. oder 8 Pf. oder 6 Pf. mehr in Folge der höheren Zölle zahlen. (Lebhafte Zustimmung), wohl aber für die Millionen der ärmeren Leute, der Arbeiter, der Beamten, Handwerker, Wittwen, denen durch hohe Zölle auf Brodkorn, Fleisch etc. der Lebensunterhalt in ganz ungerechtigter Weise verhauert wird. Gerade um den Schuh der kleinen Leute handelt es sich bei der Handelsvertragspolitik, wie sie jetzt glücklicherweise besteht, um ihre Arbeit und ihren Haushalt. Will man denn immer noch nicht an den durchaus zutreffenden Auspruch unseres hochverehrten Reichskanzlers des Fürsten Hohenlohe glauben, daß von höheren Getreidepreisen nur die entstandene Minorität der größeren Grundbesitzer Vortheil habe, daß aber die große Majorität auch der Landwirthe keinen Vortheil, sondern sogar directen Schaden dadurch habe? Mit solchen und ähnlichen Gründen kann man doch eine sachliche politische Erörterung nicht führen. Ich vertrage eine sachliche Kritik, und wenn Sie noch so scharf ist, sie ist nothwendig, sie regt an und belebt, aber die Rücksicht kann ein Mann, der eine lange Reihe von Jahren im öffentlichen Leben steht, auch vom politischen Gegner verlangen, daß er mit zutreffendem Thatjährlingen Material bekämpft wird, wie dies der conservative Kandidat allerdings nicht gethan hat. Das „Gündenregister“, das derselbe ihm und der freisinnigen Partei aus der Zeit bis 1892 juridisch vorgehalten, ist eine von neuem aufgewärmte, alte aber nicht richtig verwendete Zusammenstellung. (Redner legt dasselbe vor). In der alten Zusammenstellung ist wenigstens die Fortschrittspartei genannt, aber nicht die freisinnige Partei, die vor 1884 gar nicht bestanden hat. Das ist ein unzähliges Kampfsmittel. Unter meiner Würde ist es und es widerprüht meinen Gewohnheiten, auf einen Angriff des Herrn Major a. D. Engel zu antworten, der, wenn die Zeitungsbüchlein wortreich sind, gefagt hat, daß es ein Wahlmaroder sei, wenn ich für die Flottilenvorlage gestimmt und daß ich mit der Wurst nach der Speckseite geworfen hätte. (Rufe: Pfui!) Was soll man dazu sagen, wenn jener Herr meine Angaben über meine Abstimmungen, wie die Berichte behaupten, befeistelt. Hier sind die stenographischen Berichte über meine Abstimmungen und Reden über die Flotte aus den Jahren 1895, 1897 und 1898. Sie können ausliegen und jeder mag dann sich daraus belehren. Ist es denn eine vergessene Thatsache, daß der Sohn des Herrn Altreichskanzlers Fürsten Bismarck, Graf Wilhelm Bismarck, in einer Berliner Versammlung sogar von dem Abg. Rieckert und mir gelagt, daß unsere Passion für Panzerkorvetten auch durchaus nicht wohlfeil sei? (Heiterkeit). Der conservative Kandidat kann sich in die Irre der verschiedenen Fraktionen und Fraktionen auf liberaler Seite nicht hineinfinden, da es keine freisinnige Vereinigung, freisinnige Volkspartei, deutsche Volkspartei. Ja wer über solche Dinge öffentlich reden und Artikeln halten wolle, muß diese Dinge kennen. Sind denn die Verhältnisse auf der conservativen Seite etwa viel einfacher? Findet sich der Herr conservativen Kandidat zurecht in der freiconservativen und

Reichspartei, deutsch-conservativen Partei, christlich-socialem, deutsch-socialen Partei, Mittelstandspartei und wie sie sonst noch heißen mögen? Er spricht von oben herab über die kleine Fraktion der freisinnigen Vereinigung. Nun, der Abstimmung dieser kleinen Fraktion verbandt das Land die Annahme der 1893er Militärvorlage mit der zweijährigen Dienstzeit. Sie hat den Auschlag gegeben, hätte sie dagegen gestimmt, so wäre die Vorlage abgelehnt und ein unabsehbarer Conflict wäre daraus entstanden.

Herr Schulz bemängelt ferner, daß ich von den Socialdemokraten nicht gesprochen habe. Ja, wer hat denn den Kampf gegen die Socialdemokratie hier geführt, etwa die Conservativen? Es ist eine Ehre unserer Stadt Danzig, daß sie fast die einzige Großstadt ist, in der die Socialdemokratie noch nicht das Übergewicht hat. Die Conservativen haben hier herlich wenig dazu gethan, wir (die Liberalen) haben den Kampf fast allein führen müssen. Durch Erhöhung des Brodtolles kämpft man nicht, sondern stärkt man die Socialdemokratie. Herr Schulz hat auch vermählt, daß ich mich nicht über die Polenfrage auslassen darf. Das ist zwar keine Reichstags-, sondern eine Landtagsfrage, aber gerade dies Monum ist mir durchaus willkommen. Allerdings ist es meine Ueberzeugung, daß das Anstellungsgesetz von keiner guten Wirkung für das Deutschtum gewesen ist. Nicht für jedes Mittel, mit denen der Kampf geführt wird, können wir eintreten. Wir wollen die Polen als gleichberechtigte Staatsbürger ansehen, wenn sie sich als preußische Staatsbürger fühlen. Wenn ihre Abgeordneten den Eid auf die preußische Verfassung geleistet haben, so glaube ich kein Recht zu haben, an der Ausführlichkeit dieses Eides zu zweifeln, losen sie den Eid nicht gebrochen haben. Wie von Seiten der Regierung über unsre Haltung in diesem Punkte geurtheilt wird, das beweist ein von dem Redner verlesenes Citat des Ministers v. Miquel aus der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 3. März 1888. Wir wirken für die Förderung des Deutschthums seit langen Jahren mit den Mitteln, welche wir für heilsam halten. Wir werden zeigen, daß unsere Thätigkeit auf diesem Gebiet keines Ansporn unserer Gegner bedarf. Herr Schulz hat erwartet, daß ich meine „Gütescheine“ bei ihm abgeben werde, er hat meine Aeußerung aus voriger Versammlung falsch verstanden, ich meinte damit, ich wollte mit einem sog. „Gündenregister“ der Conservativen meine Visitenkarte ihm einreichen, ich wollte einmal das Verhalten der conservativen Partei an der Hand der Thatsachen prüfen. Der Redner erörtert hier die Aeußerungen des schon oben citirten Flugblattes: „Conservative Behauptungen im Lichte der Thatsachen“, welches der heutigen Abgeordneten (beiliegt). Und nun komme ich zu den gestrigen Ausführungen des Herrn Oberregierungsrath Möhrs, welcher behauptet hat, daß es ihm völlig unbekannt geblieben ist, welche verfassungsmäßigen Rechte den Bauern in Pommern entzogen worden seien und daß er einer „Belehrung hierüber mit Spannung entgegen sehe“. Hat denn der Herr Oberregierungsrath nicht die Rede seines Chefs, des Ministers des Innern Frhrn v. d. Recke, gesehen? Als ich zum ersten Male die Zustände in Putthamer im Abgeordnetenhaus darlegte, war er noch ohne Information, daß die inzwischen eingeholt worden war, erklärte er in einer zweiten Rede: „Ich bin erschrocken über die Handhabung des Versammlungsrechtes.“ Weiß das der Herr Oberregierungsrath nicht? Hat er bei seinem Stabium der stenographischen Berichte garnicht davon gefunden. Ich stelle ihm durch unser Wahlbüro den betreffenden stenographischen Bericht zur Verfügung. (Heiterkeit). Ich aber werde nach wie vor die Rechte der Bauern gegen solche Uebergriffe vertheidigen, das ist meine Pflicht als Volksvertreter. (Lebhafte Beifall). Herr Schulz hat dann das Flugblatt „Schütt Euer Wahlrecht“ bemängelt, ja, da ist doch Vater Plötz offensichtlicher. Bekanntlich hat er vor kurzem einem neuigen Wählern erklärt, daß er einstweilen das bestehende Wahlrecht noch nicht anstreben wolle, aber zugebe, daß wohl später gesehen könne. Und Herr v. Plötz ist doch ein mächtiger Mann als hr. Schulz. Auch der Abgeordnete Hößel will eine Änderung des Wahlrechts, und der frühere Minister des Innern v. Putthamer hat sich offen für die Abschaffung des geheimen Wahlrechts ausgesprochen. Gibt das noch keine wichtigen Zeugnisse? Auch das Freizüglichkeitsrecht ist bedroht: im Programm des Bundes der Landwirthe wird im Artikel 7 die Aufhebung desselben verlangt; hr. Schulz hat sich hierüber nicht auslassen. Ebenso wenig über das Versammlungs- und Vereinsrecht. Als der Antrag Anker auf Aufhebung des Coalitionsverbotes vom Reichstage in einer Commission verwiesen worden war, blieben die Conservativen den Sitzungen fern und kamen schließlich gegen den Antrag. Herr Schulz hat ferner behauptet, die freisinnige Vereinigung habe nicht einmal ein Programm. Wo lebt denn Herr Schulz? Die freisinnige Vereinigung war die erste Partei, welche ein Wahlprogramm veröffentlichte (auch in Danzig). Ferner kann Herr Schulz aus unserem Wahlbüro ein Büchlein erhalten, welches ihn darüber informieren wird, welche Stellung die freisinnige Partei zu den wirtschaftlichen und politischen Tagesfragen einnimmt. Herr Schulz hat seinerseits über eine ganze Anzahl von schwedenden und thottweise für uns hier sehr wichtigen Reichstagsfragen geschwieg, so z. B. über die Aufhebung der Transfänger, die Einführung der Doppelwährung, den vom Minister als „gemeingesährlich“ bezeichneten Antrag Anker, die Verstaatlichung der Reichsbank. Was denkt er als erfahrener Jurist über die vielbesprochenen Manipulationen der technischen Abteilung des Bundes der Landwirthe, welchen nach den jüngsten Meldungen der Staatsanwaltschaft bereits ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben soll? Ein Kandidat, welcher in den Handelsverträgen einen noch höheren Schuh der Landwirtschaft verlangt, ist für Danzig unmöglich, er würde die Vernichtung unseres Handels und unserer Industrie herbeiführen.

Ich komme nun wieder auf Herrn Ober-Regierungsrath Möhrs und seine Studien meiner Reden zurück. Da hat er mir vorgeworfen, daß ich im Abgeordnetenhaus eine Lanz für den wegen seiner national-socialen oder vielmehr socialdemokratischen Umtriebe seines Amtes entsetzten Pfarrer Köhlsche eingelegt habe. Ich habe das deshalb gethan, weil dem Pastor A. in dem Urtheil erster Instanz ein glänzendes Ehrenzeugnis ausgestellt war. Es wurde in demselben nicht auf Amtsleistung erkannt, und zwar mit folgender Motivierung:

„Im Hinblick auf die Jugend des Beschuldigten im Amte, seine bisherige Unbefholtenheit, seine anerkannte Hingabe und Treue im Amte selbst, auf seine sonst guten Charaktereigenschaften und endlich auf sein nicht von böser Absicht geleitetes, einer weit verbreiteten Strömung folgendes, an sich gut gemeintes, wenn auch objectiv ungehöriges Auftreten.“

Herr Pastor Köhlsche ist mein politischer Gegner, nach meiner Ueberzeugung ist ihm Unrecht geschehen, deshalb hielt ich es für meine Pflicht, für ihn einzutreten, denn ich bin nicht nur Abgeordneter der Frei-

Reichspartei, deutsch-conservativen Partei, christlich-socialem, deutsch-socialen Partei, Mittelstandspartei und wie sie sonst noch heißen mögen? Er spricht von oben herab über die kleine Fraktion der freisinnigen Vereinigung. Nun, der Abstimmung dieser kleinen Fraktion verbandt das Land die Annahme der 1893er Militärvorlage mit der zweijährigen Dienstzeit. Sie hat den Auschlag gegeben, hätte sie dagegen gestimmt, so wäre die Vorlage abgelehnt und ein unabsehbarer Conflict wäre daraus entstanden.

In der conservativen Versammlung ist von den Vorwürfen die Rede gewesen, die Fürst Bismarck gegen die freisinnige Partei erhoben habe. Nun, ich möchte die Herren bitten, einmal Herrn v. Lebeck zu fragen, was Fürst Bismarck zu ihm über mich gesprochen hat, als wir (die Liberalen) haben den Kampf fast allein führen müssen. Durch Erhöhung des Brodtolles kämpft man nicht, sondern stärkt man die Socialdemokratie. Herr Schulz hat auch vermählt, daß ich mich nicht über die Polenfrage auslassen darf. Das ist zwar keine Reichstags-, sondern eine Landtagsfrage, aber gerade dies Monum ist mir durchaus willkommen. Allerdings ist es meine Ueberzeugung, daß das Anstellungsgesetz von keiner guten Wirkung für das Deutschtum gewesen ist. Nicht für jedes Mittel, mit denen der Kampf geführt wird, können wir eintreten. Wir wollen die Polen als gleichberechtigte Staatsbürger ansehen, wenn sie sich als preußische Staatsbürger fühlen. Wenn ihre Abgeordneten den Eid auf die preußische Verfassung geleistet haben, so glaube ich kein Recht zu haben, an der Ausführlichkeit dieses Eides zu zweifeln, losen sie den Eid nicht gebrochen haben. Wie von Seiten der Regierung über unsre Haltung in diesem Punkte geurtheilt wird, das beweist ein von dem Redner verlesenes Citat des Ministers v. Miquel aus der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 3. März 1888. Wir wirken für die Förderung des Deutschthums seit langen Jahren mit den Mitteln, welche wir für heilsam halten. Wir werden zeigen, daß unsere Thätigkeit auf diesem Gebiet keines Ansporn unserer Gegner bedarf. Herr Schulz hat erwartet, daß ich meine „Gütescheine“ bei ihm abgeben werde, er hat meine Aeußerung aus voriger Versammlung falsch verstanden, ich meinte damit, ich wollte mit einem sog. „Gündenregister“ der Conservativen meine Visitenkarte ihm einreichen, ich wollte einmal das Verhalten der conservativen Partei an der Hand der Thatsachen prüfen. Der Redner erörtert hier die Aeußerungen des schon oben citirten Flugblattes: „Conservative Behauptungen im Lichte der Thatsachen“, welches der heutigen Abgeordneten (beiliegt). Und nun komme ich zu den gestrigen Ausführungen des Herrn Oberregierungsrath Möhrs, welcher behauptet hat, daß es ihm völlig unbekannt geblieben ist, welche verfassungsmäßigen Rechte den Bauern in Pommern entzogen worden seien und daß er einer „Belehrung hierüber mit Spannung entgegen sehe“. Hat denn der Herr Oberregierungsrath nicht die Rede seines Chefs, des Ministers des Innern Frhrn v. d. Recke, gesehen? Als ich zum ersten Male die Zustände in Putthamer im Abgeordnetenhaus darlegte, war er noch ohne Information, daß die inzwischen eingeholt worden war, erklärte er in einer zweiten Rede: „Ich bin erschrocken über die Handhabung des Versammlungsrechtes.“ Weiß das der Herr Oberregierungsrath nicht? Hat er bei seinem Stabium der stenographischen Berichte garnicht davon gefunden. Ich stelle ihm durch unser Wahlbüro den betreffenden stenographischen Bericht zur Verfügung. (Heiterkeit). Ich aber werde nach wie vor die Rechte der Bauern gegen solche Uebergriffe vertheidigen, das ist meine Pflicht als Volksvertreter. (Lebhafte Beifall). Herr Schulz hat dann das Flugblatt „Schütt Euer Wahlrecht“ bemängelt, ja, da ist doch Vater Plötz offensichtlicher. Bekanntlich hat er vor kurzem einem neuigen Wählern erklärt, daß er einstweilen das bestehende Wahlrecht noch nicht anstreben wolle, aber zugebe, daß wohl später gesehen könne. Und Herr v. Plötz ist doch ein mächtiger Mann als hr. Schulz. Auch der Abgeordnete Hößel will eine Änderung des Wahlrechts, und der frühere Minister des Innern v. Putthamer hat sich offen für die Abschaffung des geheimen Wahlrechts ausgesprochen. Gibt das noch keine wichtigen Zeugnisse? Auch das Freizüglichkeitsrecht ist bedroht: im Programm des Bundes der Landwirthe wird im Artikel 7 die Aufhebung desselben verlangt; hr. Schulz hat sich hierüber nicht auslassen. Ebenso wenig über das Versammlungs- und Vereinsrecht. Als der Antrag Anker auf Aufhebung des Coalitionsverbotes vom Reichstage in einer Commission verwiesen worden war, blieben die Conservativen den Sitzungen fern und kamen schließlich gegen den Antrag. Herr Schulz hat ferner behauptet, die freisinnige Vereinigung habe nicht einmal ein Programm. Wo lebt denn Herr Schulz? Die freisinnige Vereinigung war die erste Partei, welche ein Wahlprogramm veröffentlichte (auch in Danzig). Ferner kann Herr Schulz aus unserem Wahlbüro ein Büchlein erhalten, welches ihn darüber informieren wird, welche Stellung die freisinnige Partei zu den wirtschaftlichen und politischen Tagesfragen einnimmt. Herr Schulz hat seinerseits über eine ganze Anzahl von schwedenden und thottweise für uns hier sehr wichtigen Reichstagsfragen geschwieg, so z. B. über die Aufhebung der Transfänger, die Einführung der Doppelwährung, den vom Minister als „gemeingesährlich“ bezeichneten Antrag Anker, die Verstaatlichung der Reichsbank. Was denkt er als erfahrener Jurist über die vielbesprochenen Manipulationen der technischen Abteilung des Bundes der Landwirthe, welchen nach den jüngsten Meldungen der Staatsanwaltschaft bereits ihre Aufmerksamkeit geschenkt haben soll? Ein Kandidat, welcher in den Handelsverträgen einen noch höheren Schuh der Landwirtschaft verlangt, ist für Danzig unmöglich, er würde die Vernichtung unseres Handels und unserer Industrie herbeiführen.

Das wird, so hoffen wir zuversichtlich, auch die deutsche Politik der Zukunft sein. Wir werden morgen die Feier der 10jährigen Regierungszeit unseres Kaisers begehen. Er hat in der kurzen Zeit viel erreicht. Allein die Gelehrsamkeit der letzten fünf Jahre hat im Reiche Dinge geschaffen, die für immer Marksteine in unserer Geschichte sein werden. Es ist dem Kaiser beschrieben gewesen, für den Frieden mit Erfolg zu wirken. Möge es ihm auch in Zukunft wieder gelingen! Das schaffe ich, und habe nur die Zukunft in den großen Seestädten große Fortschritte gemacht habe, daß es zwar in Lübeck und Bremen gelungen sei, durch das gemeinsame Zusammensein aller Parteien Candidaten der freisinnigen Vereinigung durchzubringen, daß aber eigentlich unsere alte Stadt Danzig die einzige Stadt sei, in welcher die Socialdemokratie keine Fortschritte gemacht habe. Er hat gesagt (nach dem Bericht der „Dani. Allg. Zeit.“): „Freisinnige und socialdemokratische Agitatoren haben es leichter, sie sagen zu der breiten Masse des Volkes: „Ihr habt es schlecht, Ihr lebt wie die Hunde.“ Soll sich diese Aeußerung auf uns beziehen, und hat er sie wirklich so gemacht, so muß ich das für Verleumdung erläutern (lebhafte Zustimmung), für die jeder Beweis fehlt. Wo hätten wir den Leuten, um sie unzufrieden zu machen, gesagt: Ihr lebt wie die Hunde? Gerade das Gegenteil ist der Fall. Wer hat denn Unzufriedenheit verbreitet, diejenigen, die in gemeingesährlicher Weise für den Antrag Anker agitieren haben, oder diejenigen, die ihn und die anderen unerfüllbaren Dinge bekämpft haben? Herr Schulz sagt, wir streben nach der Volksschafft. Was soll man sich darunter wohl denken? Haben wir die Rechte der Arme beschränken wollen? Nichts anderes wollen wir, als was Fürst Bismarck mit dem Ausspruch sagte:

„Unser deutscher Zukunfts ist wesentlich auf unserer Verfassung und auf dem parlamentarischen Leben basirt, lassen Sie uns dieses daher vor allem pflegen und uns auch nicht einreden, daß es mit einer monarchischen Gesinnung unvereinbar sei, wenn wir Kritik und Verwahrung gegen Regierungsmethoden einlegen, die wir nicht billigen.“

Unter Kampf gilt denen, welche unsere Handelsvertragspolitik in Gefahr bringen wollen, daß sie schon sehr die hiesigen Conservativen, bei dem Abschluß der neuen Handelsverträge einen besseren Schuh der landwirtschaftlichen Production, also eine Verhinderung der Lebenshaltung der ärmeren Klassen verlangen. Sehr treffend sagte der frühere Reichskanzler Graf Caprivi bei den Verhandlungen über den russischen Handelsvertrag:

„Was wollen wir? Nach kriegerischem Ruhm trachten wir nicht. Wir wollen den Ruhm haben, Culturaufgaben zu lösen, die Cultur Europas zu fördern, um die friedliche Zusammengehörigkeit der Völker zu erleichtern.“

Das wird, so hoffen wir zuversichtlich, auch die deutsche Politik der Zukunft sein. Wir werden morgen die Feier der 10jährigen Regierungszeit unseres Kaisers begehen. Er hat in der kurzen Zeit viel erreicht. Allein die Gelehrsamkeit der letzten fünf Jahre hat im Reiche Dinge geschaffen, die für immer Marksteine in unserer Geschichte sein werden. Es ist dem Kaiser beschrieben gewesen, für den Frieden mit Erfolg zu wirken. Möge es ihm auch in Zukunft wieder gelingen! Das schaffe ich, und habe nur die Zukunft in den großen Seestädten große Fortschritte gemacht habe, daß es zwar in Lübeck und Bremen gelungen sei, durch das gemeinsame Zusammensein aller Parteien Candidaten der freisinnigen Vereinigung durchzubringen, daß aber eigentlich unsere alte Stadt Danzig die einzige Stadt sei, in welcher die Socialdemokratie keine Fortschritte gemacht habe. Er hat gesagt (nach dem Bericht der „Dani. Allg. Zeit.“): „Freisinnige und socialdemokratische Agitatoren haben es leichter, sie sagen zu der breiten Masse des Volkes: „Ihr habt es schlecht, Ihr lebt wie die Hunde.“ Soll sich diese Aeußerung auf uns beziehen, und hat er sie wirklich so gemacht, so muß ich das für Verleumdung erläutern (lebhafte Zustimmung). Mit einem gewissen Hohn hat er darauf hingewiesen, daß wir so schwach sind, ja, das wissen wir selbst und die Bauern es am meisten. Wenn uns auch viele Fragen von den Conservativen scheiden, so sind wir doch in den Fragen, die nach den Bedeutungen der Conservativen ihnen am wichtigsten sind, in der Frage der Stärkung und Erhaltung unserer Wehrkraft mit ihnen einig, es ist mir deshalb unverständlich, weshalb sie unserm Candidaten wegen seiner Haltung in diesen Fragen Vorwürfe machen. Wir wollen einen Mann zum Abgeordneten haben, der an den großen liberalen Gedanken festhält; der Weg, den uns die Conservativen eingeschlagen haben, ist nicht unser Weg, wir würden auf ihm nicht weiter kommen.“

Herr Schulz führte dann aus, Herr Brunnen habe in der letzten Versammlung gesagt, daß bei den letzten Wählern viele Socialdemokraten dem früheren Candidaten ihre Stimme nur aus „Ulk“ gegeben haben. Wie ich das gehört habe, dachte ich mir, las sie nur reden. Was heißt denn eigentlich Ulk? Die Beamten müßten conservativ und zwar mitunter gegen ihre Ueberzeugung wählen und doch werden die Brodpfeise immer höher. Und wenn dann das Brod kleiner und kleiner wird, dann sagt sich wohl mancher kleine Beamte, alle Wetter, was hab ich bloß gewählt. (Heiterkeit). So vor 5—10 Jahren führten die Conservativen ein Brantweinseck ein und sagten: der Brantwein muß höher bewertet werden, um der Trunkfahrt zu steuern. Jetzt ist der Brantwein theuer, aber Betrunkenen begreift man w

Zeitungsnachricht in der conservativen Versammlung behauptet worden, daß die freisinnige Partei die Sozialdemokratie mit dem Aermel streife. Sie haben doch vorhin von Herrn Rickert gehört, wie heftig wir von ihr bekämpft werden. Die Herren könnten etwas höflicher und vorstücker in ihren Ausdrücken sein; übrigens sind wir Männer genug, uns zu erhalten trotz allen Ansturms von rechts und links. Unsere liberalen Bestrebungen stehen auch im Einklang mit dem Geiste der Zeit, nur rechnen wir dazu auch eine gesunde und vernünftige Wirtschaftspolitik. Wir sind der Ansicht, daß die Bestrebungen des Bundes der Landwirthe, soweit sie gegen die Goldwährung und die Handelsverträge gerichtet sind, in letzter Linie die Landwirthe ebenso fördern werden, wie die anderen Gewerbetreibenden. Wir wünschen jerner ein freies Verkehrswejen und einträchtige Verhältnisse mit unseren Nachbarn und sind der Meinung, daß dieser Weg festgelegt werden muss im Interesse der Landwirtschaft selbst. Der Redner kommt noch einmal auf seine in Langföhre gemachten Ausführungen zurück und führt aus, daß wir uns nicht wundern dürfen, daß die Regierung Wege einschlagen wird, die nicht geeignet sind, unserem Erwerbsleben zu nähren, wenn wir durch den Wechsel der Abgeordneten documentieren, daß wir mit der bisherigen Vertretung unserer Interessen nicht mehr einverstanden seien. In der conservativen Versammlung sei von mehreren Rednern gegen die Person des Herrn Rickert polemisiert worden; ein Redner habe sogar gejagt, er sehe mit einem Auge nach Palästina, mit dem anderen nach dem Auslande. (Große Heiterkeit.) Er wisse nicht, ob dieser Redner nicht vielleicht der Ansicht gewesen sei, Palästina gehöre zum deutschen Reiche. Es sei allerdings nicht sehr geschmackvoll, auf diese Art einen verdienten Gegencandidaten zu bekämpfen. Zum Schluß habe ein schlichter fröhlicher Agrarier, Herr Meyer-Rottmannsdorf, ausgeführt, er hoffe, daß die bis jetzt leider freisinnig vertretene Stadt Danzig biesmal durch einen Conservativen vertreten werde. Daß Herr Meyer sich allerdings darüber freuen würde, glaube er gern, aber dann würden hier Handel, Schiffahrt und alle die schönen Sachen, die wir vorbereiten, zu Grunde gehen. Das wollen wir aber nicht und die liberalen Wähler werden deshalb auch biesmal dafür sorgen, daß Herr Rickert entweder gleich im ersten Wahlgange gewählt wird oder wenigerens mit einer so imposanten Mehrheit in die Stichwahl kommt, daß an seinem Siege kein Zweifel ist. Wir Danziger wollen keinen Agrarier, sondern einen liberalen Abgeordneten mit freien wirtschaftlichen Anschauungen. (Lebhafte Beifall.)

Dann bittet Rickert noch, da er nicht alle Fragen in der Versammlung beantworten könne, die Fragesteller, sich persönlich mit ihm in Verbindung zu setzen. Befriedend die Consumvereine bemerke er nur, daß er kein Privilegium der Consumvereine wolle, sie dürften keine Vortheile vor anderen Geschäften genießen.

Zum Schluß gab der Vorsitzende noch einige Fingerzeige für die Wähler und schloß dann die Versammlung mit einem Hoch auf Herrn Rickert.

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 15. Juni.

* [Bernstein-Conferenz.] Auf die Einladung des Herrn Gewerbe- und Regierungsrathes Trilling hatten sich gestern Nachmittag um 6 Uhr zu einer Besprechung über Angelegenheiten der Bernsteinwaren-Industrie Gewerbetreibende und Arbeitnehmer dieses Industriezweiges in dem großen Sitzungsraume der Regierung eingefunden.

Herr Regierungs- und Gewerberath Trilling wies darauf hin, daß die Bernsteinbewegung nun schon zwei Jahre lang die öffentliche Meinung beschäftigt habe. Seitlich fällt das zusammen mit dem sensationellen Solper Prozeß. Diese Angelegenheit spitzte sich aber mehr als eine persönliche Auseinandersetzung zwischen dem Pächter des Bernsteinregals und einem Fabrikanten zu, während die hiesigen Gewerbetreibenden sich darauf beschränkt haben, ihre Wünsche und Meinungen rein sachlich zur Erörterung zu bringen. Das hat die Prüfung, inwieweit dieselben berechtigt waren und denselben Folge gegeben werden könnten, ungemein erleichtert. Ihre Beschwerden bezogen sich auf Mängel beim Bezug des Rohmaterials und auf die Preisefestsetzung. Dieselben kamen zum Ausdruck, als die Staatsregierung die Frage wegen der künftigen Ausnutzung des Bernsteinregals erwog. In ihren Vorstellungen gaben sie der Meinung Ausdruck, daß es im Interesse des hiesigen Gewerbes läge, wenn der Staat die Ausnutzung selber übernehme, da dann beim Verkaufe des Materials die Interessen des Inlandes mehr als bisher berücksichtigt werden könnten. Nur so könnte das einst so blühende, jetzt aber sehr zurückgegangene Danziger Gewerbe wieder gehoben werden. Wie sich die Dinge künftig gestalten werden und welche Hoffnungen sich daran knüpfen können, wird Ihnen der Commissar des Herrn Handelsministers darlegen.

Herr Regierungs-Assessor v. Bartisch übermittelte der Versammlung die Grüße des Herrn Handelsministers,

dessen Sympathie und Theilnahme für die Bernstein-Industrie und namentlich auch für die Danziger Bernstein-Industrie sehr lebhaft gewesen sei. Die Danziger Bernstein-Industrie könnte auf eine alte Geschichte zurückblicken, die allerdings nicht immer frei von wirtschaftlichen Drangsalierungen gewesen sei; er wolle nur an den Namen Röhn v. Jaski erinnern. Doch jetzt sei nicht die Zeit, um über die Vergangenheit zu klagen, sondern man müsse in die Zukunft sehen. Die Bernstein-Industrie sei jetzt auf eine veränderte Grundlage gestellt worden, und er hoffe, daß sie jetzt wieder zu der hohen Blüthe gelangen möge wie in früheren Zeiten. Ihnen in Danzig ist eine günstige Vorbereitung gegeben, siehe in dem Thore der Schachkammer, welche das kostbare Material enthält und es ist nicht zu erkennen, weshalb dieser Schatz dem Auslande zukommen sollte. Daß dieses nicht geschieht, dafür wollen wir mit vereinten Kräften sorgen. Ich möchte Ihnen jetzt auseinandersetzen, wie die Angelegenheit gegenwärtig liegt, denn in der Presse, in der öffentlichen Meinung und in Privatgesprächen hat sich eine Art Mythen- und Legendebildung entwickelt. So wird überall erzählt, Herr Westphal aus Stolp sei zum staatlichen Leiter des Regals berufen worden. Zu Ihrer Beruhigung kann ich Ihnen mittheilen, daß es ein großer praktischer und politischer Fehler sein würde, wenn ein Herr an die Spitze des neuen Staatsbetriebes berufen werden würde, der so pronomirt in der Discussion gestanden hat. Wie Ihnen bekannt sein wird, hat die Firma Gantian u. Becker den Vertrag mit dem Staat gekündigt und die Staatsregierung ist sofort in die Erwägung der Mittel und Wege eingetreten, um der Bernsteinindustrie zu helfen. Herr Becker versügt über Lager von bedeutendem Umfang und wenn ein Stillstand in der Förderung eingetreten wäre, so würde er seine Vorräte an Rohbernstein mit einem kolossalen Nutzen verwandeln haben. Es war also schon deshalb der Gedanke an einen Stillstand der Förderung discutabel, abgesehen davon, daß es sich hier um die bedeutendste Industrie Ostpreußens und um das Wohl und Wehe von 1000 Arbeitern handelt, die heute ihre Existenz in der Bernsteinindustrie haben. Die Staatsregierung war also genötigt, eine Einigung mit Becker herbeizuführen. Der Bernstein ist nun allerdings nach einem alten überlieferten Recht das Eigentum des Staates, doch hängt die Benutzung des Regals von der Zustimmung des Grundbesitzers ab, unter dessen Territorien die abbauenden Bernstein-schichten liegen. Wie sie wissen, hat sich nun hr. Becker mit den glänzenden geschäftlichen Vorausichten, die ihn auszeichnet, jene Gelände gesichert, in welchen die blaue bernsteinführende Erde vorkommt. Die Staatsregierung war also durch zwingende Umstände genötigt, sich mit Herrn Becker auszutauschen und mit ihm eine Einigung herbeizuführen und ich muß hier hervorheben, daß die Verhandlungen durch die courante und entgegengesetzte Haltung der Firma sehr gefordert worden sind. Zuerst wurde der Plan einer eingehenden Würdigung unterzogen, ob es sich empfehlen würde, eine Gesellschaft etwa mit beschränkter Haftung zu bilden und dieser Plan war auch schon so weit gediehen, daß das Statut einer derartigen Gesellschaft ausgearbeitet wurde. Aber die Regierungscommissare mußten sich davon überzeugen, daß durch die Gründung einer Gesellschaft eine wesentliche Aenderung der bestehenden Verhältnisse nicht erreicht werden würde, deshalbthat die Regierung nun mehr Schritte, um auf die Verhältnisse selbst näher einzugehen. Es waren besonders zwei Hauptpunkte, über welche die Regierung sich vollständig verhandeln mußte: 1) Ist es möglich, daß der Staat den Betrieb in seiner gegenwärtigen Gestalt übernehmen und weiter führen kann, oder ist das nur für einen Privatmann angängig, der seine Entwickelungen mit freiem Herzen als die königl. Regierung treffen kann und 2) Wie sieht es mit der Rentabilität, ist diese so, daß die Sache gewagt werden kann? Die Commissare der königl. Regierung, Herr Oberbergrath v. Pringsheim als technischer Sachverständiger und der Vortragende haben nunmehr die Künigsberg und Wien umfassende Erhebungen angestellt und wir können der Firma Gantian u. Becker nur dankbar sein, daß sie mit beispieloser Offenheit uns den Einblick in ihre geheimsten Verbindungen gewährt hat. Auf Grund dieser gewonnenen Unterlagen sind nach reiflicher Überlegung die beiden Regierungscommissare darüber übereinkommen, daß beide Fragen unbedingt zu bejahen sind. Der Vortragende arbeitete einen Immediatbericht aus, welcher von den beteiligten Ressorts geprüft wurde. Die Ministerien der Landwirtschaft, des Handels und der Finanzen pflichteten den in dem Bericht vertretenen Anschauungen bei und die Entscheidung fiel für den Ankauf aus. In der letzten Woche haben Verhandlungen mit der Firma stattgefunden, welche zu einer vollen Einigung geführt haben. Da voraussichtlich die Zustimmung des Landtages und der Arone keine Schwierigkeiten bereiten werden, so hoffen wir, daß die Übernahme am 1. Juli 1899 erfolgen kann. Selbstverständlich wird die Staatsregierung schon vorher die nötigen Einrichtungen treffen, welche die Übernahme vorbereiten. Ich kann darüber heute nur soviel sagen, daß der Staat die Absicht hat, an die Spitze des Unternehmens einen wichtigen unparteiischen

allein seinem eigenen Ruf, sondern auch dem Ansehen des ganzen Standes. Das war seine Meinung. Der glückliche Gatte einer Wirthschafterin war für ihn gesellschaftlich unmöglich.

Richard brannte das Herz, „Erlaube, Vater“, entgegnete er, „daß ich dich auf einen Auspruch aufmerksam mache, der vor kurzem gerade in dieser Gesellschaft allgemeine Billigung fand. Auch du hast ihn für unzureichend gehalten und bist für ihn eingetreten.“

Der Amtsraeth sah seinen Sohn ernst an. „Für meine Überzeugung werde ich jederzeit eintreten.“

„Als der Vertreter der apokalyptischen Gemeinde in Brunow von den Augenwählten sprach, da wurde seine Aussaffung als eine hochmuthige und barbarische bezeichnet.“

„Das ist sie auch.“

„Willst du mir nun sagen, welcher Unterschied zwischen seiner religiösen und deiner gesellschaftlichen besteht?“

Der Amtsraeth fühlte sich sehr unangenehm berührt, während Herren und Damen mit Spannung lauschten.

„Ich verstehe dich nicht.“

„Das ist doch sehr einfach. Den religiös Ausgewählten des Herrn Spitz stehen hier die gesellschaftlich Auserwählten gegenüber. Wer nicht aus guter Familie stammt, nicht reich und gebildet, also nicht prädestiniert ist, hat keinen Eintritt in diesen Kreis.“

„Aber du willst doch nicht sagen, daß wir hochmuthig und barbarisch sind?“

„Ich werde mich solcher starker Ausdrücke nie bedienen. Aber voreingenommen sind wir, und vielleicht auch etwas eingebildet.“

Der Amtsraeth zuckte verächtlich die Schultern. „Es ist doch natürlich, daß jeder auf seine Standesehracht hält. Dass du dafür gar kein Verständniß hast!“

„Dann ist es also auch natürlich, daß die adeligen Kreise sich abschließen. Und gerade darüber wird in der bürgerlichen Gesellschaft so oft geklagt. Du selbst bist mit dem exklusiven Verhalten der adeligen Großgrundbesitzer wenig zufrieden.“

„Dieser Haftengeist ist aber auch nicht zu billigen.“

„Und was befürwortest du hier? Ist das weniger als Haftengeist? Weil ein Gutsbesitzer

kaufmännisch gebildeten Director zu stellen, welcher zugleich die erforderlichen Fachkenntnisse besitzt, um über die Wünsche der Interessenten entscheiden zu können. Es sind bereits mit einer Persönlichkeit Verhandlungen angeknüpft und es ist zu erwarten, daß ein ladeloser, unanfechtbarer Mann an die Spitze des Unternehmens tritt, welcher dann auch nach Danzig kommen und sich mit den hiesigen Interessenten in Verbindung setzen wird. Die hiesige Filiale der Firma geht gleichfalls in den Besitz des Staates über. Sie wünschen, daß hier ein größeres Commissionslager errichtet werde, ich kann darauf heute nur so viel sagen, daß alles geschehen wird, was geschehen kann, um Ihren Wünschen entgegen zu kommen. Bis zum 1. Juli 1899 ist noch sehr viel zu thun. Zunächst muß dem Landtag eine Denkschrift eingereicht werden, damit die vor demselben eingeführte Commission den Ankauf und das etwa erforderliche Anteilegesetz berathen kann. Endgültige Beschlüsse werden wohl nicht schneller als bis zur Mitte des nächsten Jahres gesetzt werden können. Ihnen würde ich raten, eine Commission zu bilden, welche in einem Promemoria Ihre Wünsche niedergeschrieben, um über die Vergangenheit zu klagen, sondern man müsse in die Zukunft sehen. Die Bernstein-Industrie sei jetzt auf eine veränderte Grundlage gestellt worden, und er hoffe, daß sie jetzt wieder zu der hohen Blüthe gelangen möge wie in früheren Zeiten. Ihnen in Danzig ist eine günstige Vorbereitung gegeben, siehe in dem Thore der Schachkammer, welche das kostbare Material enthält und es ist nicht zu erkennen, weshalb dieser Schatz dem Auslande zukommen sollte. Daß dies nicht geschieht, dafür wollen wir mit vereinten Kräften sorgen. Ich möchte Ihnen jetzt auseinandersetzen, wie die Angelegenheit gegenwärtig liegt, denn in der Presse, in der öffentlichen Meinung und in Privatgesprächen hat sich eine Art Mythen- und Legendebildung entwickelt. So wird überall erzählt, Herr Westphal aus Stolp sei zum staatlichen Leiter des Regals berufen worden. Zu Ihrer Beruhigung kann ich Ihnen mittheilen, daß es ein großer praktischer und politischer Fehler sein würde, wenn ein Herr an die Spitze des neuen Staatsbetriebes berufen werden würde, der so pronomirt in der Discussion gestanden hat. Wie Ihnen bekannt sein wird, hat die Firma Gantian u. Becker den Vertrag mit dem Staat gekündigt und die Staatsregierung ist sofort in die Erwägung der Mittel und Wege eingetreten, um der Bernsteinindustrie zu helfen. Herr Becker versügt über Lager von bedeutendem Umfang und wenn ein Stillstand in der Förderung eingetreten wäre, so würde er seine Vorräte an Rohbernstein mit einem kolossalen Nutzen verwandeln haben. Es war also schon deshalb der Gedanke an einen Stillstand der Förderung discutabel, abgesehen davon, daß es sich hier um die bedeutendste Industrie Ostpreußens und um das Wohl und Wehe von 1000 Arbeitern handelt, die heute ihre Existenz in der Bernsteinindustrie haben. Die Staatsregierung war also genötigt, eine Einigung mit Becker herbeizuführen. Der Bernstein ist nun allerdings nach einem alten überlieferten Recht das Eigentum des Staates, doch hängt die Benutzung des Regals von der Zustimmung des Grundbesitzers ab, unter dessen Territorien die abbauenden Bernstein-schichten liegen. Wie sie wissen, hat sich nun hr. Becker mit den glänzenden geschäftlichen Vorausichten, die ihn auszeichnet, jene Gelände gesichert, in welchen die blaue bernsteinführende Erde vorkommt. Die Staatsregierung war also durch zwingende Umstände genötigt, sich mit Herrn Becker auszutauschen und mit ihm eine Einigung herbeizuführen und ich muß hier hervorheben, daß die Verhandlungen durch die courante und entgegengesetzte Haltung der Firma sehr gefordert worden sind. Zuerst wurde der Plan einer eingehenden Würdigung unterzogen, ob es sich empfehlen würde, eine Gesellschaft etwa mit beschränkter Haftung zu bilden und dieser Plan war auch schon so weit gediehen, daß das Statut einer derartigen Gesellschaft ausgearbeitet wurde. Aber die Regierungscommissare mußten sich davon überzeugen, daß durch die Gründung einer Gesellschaft eine wesentliche Aenderung der bestehenden Verhältnisse nicht erreicht werden würde, deshalbhat die Regierung nun mehr Schritte, um auf die Verhältnisse selbst näher einzugehen. Es waren besonders zwei Hauptpunkte, über welche die Regierung sich vollständig verhandeln mußte: 1) Ist es möglich, daß der Staat den Betrieb in seiner gegenwärtigen Gestalt übernehmen und weiter führen kann, oder ist das nur für einen Privatmann angängig, der seine Entwickelungen mit freiem Herzen als die königl. Regierung treffen kann und 2) Wie sieht es mit der Rentabilität, ist diese so, daß die Sache gewagt werden kann? Die Commissare der königl. Regierung, Herr Oberbergrath v. Pringsheim als technischer Sachverständiger und der Vortragende haben nunmehr die Künigsberg und Wien umfassende Erhebungen angestellt und wir können der Firma Gantian u. Becker nur dankbar sein, daß sie mit beispieloser Offenheit uns den Einblick in ihre geheimsten Verbindungen gewährt hat. Auf Grund dieser gewonnenen Unterlagen sind nach reiflicher Überlegung die beiden Regierungscommissare darüber übereinkommen, daß beide Fragen unbedingt zu bejahen sind. Der Vortragende arbeitete einen Immediatbericht aus, welcher von den beteiligten Ressorts geprüft wurde. Die Ministerien der Landwirtschaft, des Handels und der Finanzen pflichteten den in dem Bericht vertretenen Anschauungen bei und die Entscheidung fiel für den Ankauf aus. In der letzten Woche haben Verhandlungen mit der Firma stattgefunden, welche zu einer vollen Einigung geführt haben. Da voraussichtlich die Zustimmung des Landtages und der Arone keine Schwierigkeiten bereiten werden, so hoffen wir, daß die Übernahme am 1. Juli 1899 erfolgen kann. Selbstverständlich wird die Staatsregierung schon vorher die nötigen Einrichtungen treffen, welche die Übernahme vorbereiten. Ich kann darüber heute nur soviel sagen, daß der Staat die Absicht hat, an die Spitze des Unternehmens einen wichtigen unparteiischen

und was weiter die Gestaltung der Preise betrifft, so könnte er darüber absolut keine Angabe geben. Ich glaube aber, daß vorläufig alles beim Alten bleiben werde. Das geltet auch in Bezug auf die Creditverhältnisse, welche sich wahrscheinlich annehmen wie heute gestalten würden. Wie sich die Abgabe von Rohbernstein nach dem Auslande gestalten werde, werde Sie der Kaufmännischen Erwägung sein, auch glaube ich nicht, daß in Bezug auf Lieferung von Bernstein die Regierung die Grundsätze verfolgen werde, die sie an Becker getadelt habe. Er sei der Ansicht, daß jedes Quantum Rohbernstein geliefert werden und eine Sperrung nur dann eintreten würde, wenn von den Interessenten die Verträge unehrlich ausgeführt würden. Die Interessenten sollten nicht außer Acht lassen, daß alles Mögliche gethan werden soll, um ihnen möglichst gute Sortimente und angenehme Bedingungen zu schaffen. Herr Reg.- und Gewerberath Trilling bemerkte noch, daß ein Theil dieser Forderungen bereits in der Eingabe enthalten sei, welche die Bernsteinogenossenschaft eingereicht habe. Er könnte nur noch einmal versichern, daß diese Forderungen in fröhlicher und wohlwollender Weise erwogen werden sollen. Weitere Anfragen wurden aus der Versammlung nicht gestellt. Hierauf führte Herr Perlbach aus, daß die Versammlung soeben gehörte habe, daß die Herren Minister der Finanzen und des Handels sich ganz besondere Verdienste um das Auslandekommen des Abkommens mit der Firma Gantian u. Becker erworben haben. Ihnen gebührt also auch unser ganz besonderer Dank und ich stelle den Antrag, daß wir diesen den Herren Ministern in einem Telegramm ausdrücken. Nachdem der Antrag einstimmig angenommen worden war, verlas Herr Perlbach das untenstehende Telegramm, welches gleichfalls ohne Debatte einstimmig angenommen und demnächst sofort abgesandt wurde.

Die heute hier versammelten Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Danziger Bernstein-Industrie ersahen soeben durch den Regierungs-Commissar, Herrn Reg.-Assessor v. Bartisch, daß der Staat die Bernsteinewinnung künftig voraussichtlich selbst betreiben wird. Wir haben schon früher der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß bei dieser Regelung die Interessen der heimischen Industrie die gehörende Berücksichtigung finden könnte und hoffen die Hoffnung und das Vertrauen, daß dieses mit Ew. Excellenz Fürsorge geschehen und unter Gewerbe sich dadurch zu seiner früheren Bedeutung erheben wird.

Peribach, Barth, Dick, Ritter.

* [Stadt haushalts - Stat.] Der jetzt vom Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung zur definitiven Festsetzung vorgelegte Haupt-Etat der Stadt Danzig pro 1898/99 balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 750500 Mk. (gegen das Vorjahr 1405000 Mk. mehr). Von diesem Mehr entfallen aber 897693 Mk. allein auf verstärkte Schuldentlastung. Die Gemeinde-Einkommensteuer ist um 63300 Mk. höher, die Gasanstalt ergibt ein Mehr von 86500 Mk., Wasserleitung und Canalisierung von 52800 Mark, Grund- und Gebäudesteuer ein Mehr von 37170 Mk., Wohnungsteuer von 11200 Mark. Bei der Schulverwaltung beträgt die Ausgabensteigerung 83987 Mk., die Einnahme steigerung 12640 Mk.

Aus den Provinzen.

Dirschau, 14. Juni. Die Anmeldungen zu dem an 18. und 19. Juni hier stattfindenden 18. Feuerwehrtag und Brandmeistercursus laufen zahlreich ein. Nach der „Dirsch. Blg.“ haben bisher folgende auswärtige Feuerwehren etwa 50 Vertreter angemeldet: Berent Bruch, Culm, Culmsee, Dt. Eylau, Dt. Arone, Jastrow Ronow, Löbau Weißpfort, Marienwerder, Neufahrwasser Neustadt, Pelpin, Podgorz, Rehden, Schwedt, P. Stargard, Straßburg und Zoppot. Zur Aufnahme von auswärtigen Gästen sind ca. 40 Freiquartiere angeboten worden.

Tiegenhof, 14. Juni. Am Sonnabend brannte das Gehöft des Besitzers Stein in Hegewald, unweit Jungtal nieder. Von dem Inventar konnte nur wenig gerettet werden.

Königsberg, 13. Juni. Freitag Abend batte ein junger Mann vom Rassen Garten im Leich am Schönbuscher Kirchhof, wobei er mit dem Fuße einen aus dem Grunde des Gewässers liegenden Strick erschlug. Bei näherer Unterforschung zeigte es sich, daß sich an dem Strick die Leiche eines gutgekleideten Manne befand, deren Kopf im Moorgrub stand. Der Strick war um Kopf und Hals gewickelt. In dem auf den Kopf festgebundenen Hute befand sich ein ziemlich schwerer Stein. Kopf und Gesicht wiesen mehrfach Verletzungen auf.

Berantwortlicher Redakteur Georg Sander in Danzig Druck und Verlag von H. L. Alexander in Danzig

idyllischen Besitz an der Havel nicht sofort verkaufen konnte, so begnügte er sich damit, ihn zu vermieten. Es war eine Baronin mit einem ungarischen Namen, die für den nächsten Sommer Besitz von der Villa zu nehmen gedachte, und die Brunower Jäger mit Spannung ihrer Ankunft entgegen.

Im Wasser der Havel spiegelte sich der blaue Frühlingshimmel. Die lange Brücke belebte sich wieder mit Menschen, die mit Behagen die linde Luft atmeten, die Augen ergötzten an der herrlichen Aussicht, die besonders nach dem Brunower See hin von wundervarem Reiz war, und neugierig hineinschauten in den Garten der Villa, dessen Bäume und Heckenhäuser den ersten gelb-grünen Anbau des Frühlings zeigten und die Aussicht noch nicht ganz verdeckten. Die Baronin war vor einigen Tagen eingezogen. Einige Möbelwagen hatten kostbare Sachen gebracht, und die Handwerker, welche in der Villa beschäftigt gewesen waren, erzählten sich von der inneren Einrichtung Wunderdinge. Und schön sollte die Baronin sein und leidlich und freigiebig, und einen Diener hatte sie sie und Pferd und Wagen.

„Wird sie Besuch machen oder sich auch vornehm abschließen?“ Diese Frage beschäftigte die Brunower Gesellschaft. Dann und wann sah man die elegante Equipage mit dem Wappen am Wagenfahrt über die Straßen der Stadt und durch die Spazierwege der Umgegend